

# Volksstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Baumbach, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Baumbach & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprecher: 1111 bis 1116 für Inserate 1567 für die Redaktion 1794 für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 21.00 Mark, monatlich 7.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausbestellen vierteljährlich 19.50 Mark monatlich 6.50 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 21.90 Mark, monatlich 7.30 Mark. — Ausgabengebühr: die separatene Nummernlieferung 1.25 M., im Restauverteil 1.00 M., Vereinsabnehmer 1.00 M., Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nummer 123 Magdeburg.

Nr. 235.

Magdeburg, Freitag den 7. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

## Der neue Kurs in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Der neue Ministerpräsident Graf Verchenfeld hat in seiner programmatischen Erklärung wie in seinen Ausführungen zur politischen Ansprache im Landtag zwar gesagt, er wolle den alten Kurs weitersteuern, allein die von ihm verkündeten Verwaltungsgrundsätze offenbaren von dem Rahr-System eine so himmelweite Abkehr, daß tatsächlich von einem „neuen Kurs“ in Bayern gesprochen werden kann. Dafür zeugt schon das Ausscheiden der Chefs der Reaktion, mehr aber noch das freiwillige Verschwinden ihrer Handlanger in der Münchener Polizeidirektion und in der Verwaltung. Den Augiasstall der Spindel, in die Verwaltung eingeschmuggelter Helfershelfer der Organisatoren und Leiter von Verschönerungsvereinen und ihrer bürokratischen Patrone anzuschauen, wird allerdings eine Herkulesarbeit sein. Täglich werden neue fast unglaubliche Dinge aufgedeckt von der Frechheit und Sicherheit, mit der sich die Umsturzbande unter dem Schutze Boehners „organisierte“.

Da der Ministerpräsident, der zugleich das Justizministerium übernommen hat, ausdrücklich versicherte, er werde alle Klagen und Vorwürfe — und das sind nicht wenige — gegen Polizei und Verwaltung unter Trennung der strafrechtlichen Organe von den polizeilichen untersuchen, so darf man vorläufig annehmen, daß er seine zweifellos starke politische Stellung zur Durchsetzung dieses Bieles benutzen wird. Was er in den wenigen Tagen seiner Amtstätigkeit getan hat, spricht dafür. Die Form, in der Boehner seine Entlassung mit einer Ansprache an „sein Volk“ nahm, hat er öffentlich als durchaus ungehörig gebrandmarkt. Nur in den noch der Erledigung harrenden Fällen Kanzler Mayer-Koh, Ehrhardt, wie in der gegen Boehner selbst angestrebten Untersuchung, mußte sich der Ministerpräsident vor dem gerichtlichen Austrag eine gewisse Reserbe auferlegen. Aber er hat, ihn nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten zu beurteilen. Seine offene, gerade und konstante Art kontrastiert so sehr mit der dummsüßlich-verlogenen der Rahr-Leute, daß die sozialdemokratischen Redner in der politischen Ansprache Anlaß fanden, ihm ihre Unterstützung in Aussicht zu stellen. Wer Treue zum Reiche, gemeinsame Arbeit im Geiste der Verschönerung und Sauberkeit in der Verwaltung als seine Ziele steckt, dem kann die bayerische Sozialdemokratie, unbeschadet aller politischen Divergenzen, ihre Mitarbeit nicht verweigern.

Was die politischen Wirkungen des Wechsels in der Ministerpräsidentenschaft anbelangt, so hat der Schuß in Griesbach nicht nur bis Wiesbach gewirkt, sondern auch eine Bersehung der bürgerlichen Parteien herbeigeführt, von der einige Symptome deutlich sprechen. Diese Bersehung versucht man vergeblich zu verhüllen durch die auffallende Betonung des Gegensatzes zum „Marxismus“ und des Willens, die Sozialdemokratie von der Regierung auszuschließen. Hierzu muß gleich erwähnt werden, daß die in der Parteipresse verbreitete Mitteilung, die Sozialdemokratie habe eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt, nicht den Tatsachen entspricht. Während der ganzen Krise ist diese Frage von Seiten der bürgerlichen Mehrheit nicht aufgeworfen worden. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre abwartende Stellung auch weiter einnehmen.

Nach dem Ausscheiden der deutschnationalen Mittelpartei, einem politischen Gemischel, von dem ein Organ der Bayerischen Volkspartei jüngst sagte, es sei so merkwürdig und eigentümlich, daß man sich davon außerhalb Bayerns keine Vorstellung machen könne, besteht die Koalition nur noch aus der Bayerischen Volkspartei, den Demokraten und den Bauernbündlern. Diese drei Parteien bieten der Regierung nur eine sichere Mehrheit von ungefähr zehn Stimmen. Es wird sich nun darum handeln, ob die Mittelpartei sich in ihre einzelnen Bestandteile: Rationalliberale, Deutsche Volksparteier, deutschnationale und protestantische Bauern auflöst und damit die Basis der Regierung Verchenfeld verbreitert. Die unaufhaltbare Liquidation dieser Partei würde wesentlich beschleunigt werden, wenn im Reiche sich eine Entwicklung im Sinne des Görlicher Beschlusses vollzieht. Bis dahin wird die Vera Verchenfeld, schon aus taktischen Gründen, sich nicht von den Bahnen entfernen können, die sie jetzt einzuschlagen verbroch; sie

muß dabei Rücksicht nehmen auf Erfüllung der an die vierjährige Rahr-Regierung von der sozialdemokratischen Fraktion anderthalb Jahre vergeblich gestellten politischen und sozialen Ansprüche. Reigt sich Verchenfeld nicht als ein Mann, der mit starker Hand diesen neuen Kurs politischer Selbstverständlichkeiten einhalten kann, dann muß er in die gleiche Situation kommen wie sein Vorgänger. Aber Verchenfeld zeichnet sich glücklicherweise nicht durch dessen typische Mißachtung der ein Drittel des bayerischen Volkes vertretenden sozialistischen Minderheit aus, noch weniger besitzt er dessen bürokratische Brutalität, die sich ausschließlich auf den Teil der Wähler stützte, der die politische Rückständigkeit in Bayern repräsentiert.

Mit einem Worte: statt eines engstirnigen, partikularistisch verbotenen Bürokraten steht jetzt ein Staatsmann an der Spitze des bayerischen Staates. Das ist für Bayern so neu und wirkt so verblüffend, daß das wüßte Geschrei „Zurück zu Rahr!“ mit einem Schläge völlig verstummt ist. Noch können die Arrangements des Depeschens und Silbriesturms auf den Landtag es nicht fassen, daß der „amerikische“ Rahr und mit ihm seine Gefellen so plötzlich in die Verienkung gefallen sind: Noch ist der in der Bayerischen Volkspartei aufgetretene Zwiespalt in der Rahr-Sache nicht zum Austrag gekommen, nur ein Abgeordneter, Bahnbrecher, ist vom Tarpeischen Felsen heruntergestürzt worden. Aber schon zeigte sich bei der jüngsten politischen Ansprache im Landtag ein Abwärtens der Unter Rahr so üppig ins Kraut geschossener altbayerischer Ueberheblichkeit, wie sie in den vor seinem Sturz eingebrachten Anträgen auf Schaffung eines Staatspräsidenten mit dem Rechte der Beamtenernennung und der Errichtung bayerischer Gesandtschaften bei andern deutschen Ländern zuletzt in die Erscheinung trat. Dieser unter der Fahne des Föderalismus kämpfende Eigensinn beginnt sich in die Grenzen des Angemessenen und Berechtigten zurückzuziehen.

Wie immer sich auch die parteipolitische Konstellation in nächster Zeit entwickeln mag — die Schmach des Rahr-Regiments ist überwunden. Dank der rührigen, sachlichen und zielstrebigen Führung der bayerischen Sozialdemokratie. Als der getreue Eckart des Volkes wird sie auch unter dem neuen Kurse für die Einheit der freien demokratischen Republik, für soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung kämpfen! —

### Bürgerlicher Wirrwarr.

Auf die schriftliche Anfrage der Sozialdemokratischen Partei haben die Unabhängigen mit ihrem Schreiben vom 1. Oktober geantwortet, in dem sie sich grundsätzlich unter bestimmten Bedingungen zum Eintritt in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien bereit erklärten, zugleich aber fragten, ob auch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien die Bereitschaft bestehe, mit den Unabhängigen gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Darauf richtete an die Vorstände der Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Demokraten der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. Oktober folgendes Schreiben:

Wie die Vertreter meiner Partei in der gestrigen interfraktionellen Besprechung bereits mündlich mitgeteilt haben, hat die Zentralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch Schreiben vom 1. Oktober d. J. auf Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten, geantwortet, daß sie vor Beantwortung dieser Frage ihrerseits fragen müsse, ob alle Koalitionsparteien bereit seien, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung einer Reihe von Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachte. Die in Frage kommenden Forderungen sind in dem Briefe der Unabhängigen im einzelnen angeführt. Wir fügen Ihnen einen Abdruck dieses Briefes in der Nummer des „Vorwärts“ vom 2. Oktober bei.

Wir brauchen Ihnen nicht besonders zu versichern, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf eine Verbreiterung der Koalition durch Einbeziehung der Unabhängigen den größten Wert legt. Wir bitten Sie deshalb, uns so bald als irgend möglich mitzuteilen, ob Sie grundsätzlich bereit sind, die Unabhängigen in die Koalition einzubeziehen, und ob Sie gewillt sind, die in dem Briefe der Unabhängigen vom 1. Oktober aufgestellten Forderungen in das Regierungsprogramm aufzunehmen.

Diese Anfrage ist am 4. Oktober beantwortet worden. Das Zentrum umschließt den Kern der Frage der sozial-

demokratischen Reichstagsfraktion und stellt genau dieselbe Frage, die die Unabhängigen beantwortet wissen wollen, mit den entsprechenden Änderungen. Das Zentrum will wissen, ob die Unabhängigen bereit sind, in eine Regierung, die gleichzeitig nach rechts erweitert wird, einzutreten, und geben sich dieser Auskunft eine endgültige Antwort auf die Anfrage der Sozialdemokratie zu geben.

Die Demokraten haben denselben Weg beschritten und folgendes Schreiben als Antwort auf den Brief der sozialdemokratischen Parteivorstände gesandt:

Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unsers Volkes auf möglichst breite Schultern zu legen ist. Sie lehnt die Mitwirkung keiner Partei ab, die sich in der Not des Vaterlandes zu dem Entschluß durchringt, auf dem Boden der Weimarer Verfassung an der Wiederaufrichtung unsers staatlichen und wirtschaftlichen Lebens mitzuarbeiten. Ohne sich von der Haltung einer Partei in der Vergangenheit beeinflussen zu lassen, prüft sie die Garantien, die die Partei für die Zukunft zu geben hat und den Wert ihrer Mitwirkung für das Gelingen der uns bevorstehenden Aufgaben.

Aus diesem Grunde bitten wir vor Eintritt in weitere Verhandlungen um Aufklärung über folgende Hauptpunkte:

1. Zu den Programmpunkten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat bisher die Beseitigung der Demokratie durch die Räterepublik gehört. Die Herbeiführung der Räterepublik auf gewalttätigem Weg ist von ihr als gegenwärtig inopportun bezeichnet, aber für die Zukunft nicht abgelehnt. Ist der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige sozialdemokratische Partei bereit ist, Erklärungen dahin abzugeben, daß sie auf die Einführung der Räterepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet?

2. Die Verstärkung der Regierung durch Eintritt der Deutschen Volkspartei ist zur Gesundung unsrer Finanzen von unbestreitbarem Wert. Ist es der Sozialdemokratie bekannt, ob die Unabhängige sozialdemokratische Partei bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen?

Wie liegen danach die Dinge? Die Unabhängigen sind unter gewissen Umständen bereit, sich der alten Koalition anzuschließen, aber nur ohne die Volksparteier. Die Volksparteier sind zum gleichen bereit, ohne die Unabhängigen. Zentrum und Demokraten wollen die Unabhängigen offenbar am liebsten überhaupt nicht aufnehmen. Wenn aber, dann nur zugleich mit den Volksparteiern. Volksparteier und Unabhängige sind sich aber darin einig, nicht miteinander in eine Regierung zu gehen.

Die Sozialdemokratie ist laut Görlicher Beschluß bereit, sich mit jeder Partei zu koalieren, die sich auf den Boden ihrer Mindestforderungen stellt. Kann man nach dem bisher Erlebten erwarten, daß die Volksparteier dies tun werden? Oder könnte die Frage auftauchen, ob die bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien bei der Faltung, die sie gegenwärtig einnehmen, für die Sozialdemokratie noch koalitionsfähig sind. Sozialdemokraten und Unabhängige sind aber seit deren

Bekehrung vom 1. Oktober

darin einig, daß die Politik der Koalition mit bürgerlichen Parteien zurzeit eine Notwendigkeit ist und nur aus ganz zwingenden Gründen aufgegeben werden darf. Die Unabhängigen haben ausgesprochen, daß sie das Kabinett Wirth bisher gestützt haben, und sie wollen es offenbar weiter stützen. Kracht die Koalition im Reich auseinander, dann stürzt Wirth, und niemand weiß dann, was weiter werden soll.

Sozialdemokraten und Unabhängige sind ferner darin einig, daß die jetzt in Preußen bestehenden Regierungsverhältnisse eine Gefahr für die Republik und ein schwerer Schaden für die Arbeiterklasse sind. Auch die Unabhängigen wünschen nicht, daß die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung herausgehen; sie wünschen vielmehr, daß sie dort bleiben und auch noch in die preußische Regierung hineinkommen. Zentrum und Demokraten haben aber bisher die Politik verfolgt, die Sozialdemokraten in Preußen so lange auszusperrten, bis sie bereit wären, sich mit der Deutschen Volkspartei zu koalieren.

So hat der Briefwechsel der Parteien über die Regierungsbildung zunächst

zu einem Wirrwarr geführt,

in dem sich nur noch ein Spezialist in solchen Fragen auskennen kann. Man könnte vermuten, daß es nach allem Hin und Her beim alten bleiben würde, aber das geht auch nicht, weil die Sozialdemokratie nicht allein im Reich



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 235.

Magdeburg, Freitag den 7. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

## Jubiläumstagung des Lehrerverbandes.

Im Verlauf seiner Rede führt Professor Dr. Waentig weiter aus:

Wenn in der heutigen finanziell so schweren Zeit Freigebigkeit am Platz ist, so ist sie es am meisten auf dem Gebiete des Bildungswesens. Die Mittel müssen jedoch in der Richtung ausgegeben werden, wo in nicht allzu großer Ferne praktische Ergebnisse erzielt werden können. Man darf sich heute nicht treiben lassen von dem Gedanken der allgemeinen Bildung. Vor allen Dingen sollte jeder mit dem Wesen der Volkswirtschaft vertraut gemacht werden. Jeder Volksschullehrer sollte Nationalökonom sein.

Wenn für die Landtschule das alles gilt, was für die Volksschule gilt, so hat sie noch eine ganz besondere Aufgabe zu erfüllen, und zwar in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir brauchen eine große Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Der kleinbäuerliche Betrieb hatet noch an der alten Tradition. Der Landtschullehrer ist derjenige, der diesen Uebelstand beseitigen kann. Er muß die Landbevölkerung zur modernen Wirtschaftsweise erziehen. Nur wenn die Lehrer es verstehen, sich in die Kindesseele zu vertiefen, wird es ihnen gelingen, wahre Charaktere zu erziehen.

Sodann ergreift Wechseler (Werbelin) das Wort. Seine Rede ist ein einziges Klagegedicht über die unhaltbaren Zustände der Landtschulen. Er schildert die geradezu verheerenden Zustände auf dem hygienischen Gebiet. Noch heute ist es möglich, daß eine Landtschule einen Etat von 60 Mark zur Befreiung sämtlicher Ausgaben erhält. Der Meckner hat seine Forderungen in folgenden Leitfäden niedergelegt:

Der Mensch ist zum Menschen zu bilden. Im Dienste dieser Emporenentwicklung des Menschen steht alle Erziehung, also auch der Staat. Der Staat ist keine göttliche Stiftung. Seine Form entspricht der jeweiligen Kulturhöhe des Volkes. Das eigne Entwicklungsgesetz zwingt den Staat zur Pflege und Förderung der Kulturgüter. Der Volksstaat ist ohne nachdrückliche Pflege und Förderung der Erziehung des Menschen zur persönlichen und beruflichen Schöpfung, zur Sittlichkeit und staatsbürgerlichen Gesinnung nicht dafeinsberechtigt. Sein wichtigstes Mittel dazu ist die Schule.

Die seelische Gesamtanlage des Landtschulkindes bedingt keine gesonderten Erziehungs- und Bildungsmittel. Die Landtschule kann mithin keine gesonderten Aufgaben für sich beanspruchen, sie ist aus der Volksschule selbst begrifflich nicht herauslösbare.

Die bisherige starke Vernachlässigung der Schule des platten Landes und der Kleinstadt zwingt zunächst den Volksstaat dazu, dieser Schule — neben der allgemeinen Hebung der Gesamtschule — besondere Pflege und Förderung zuteil werden zu lassen.

Diese unerlässliche Hebung der Schule des Landtschulkindes auf die Höhe unserer gegenwärtigen Schulzustände und damit die Ermöglichung der gleichen Teilnahme an der Förderung der Gesamtschule fordert vom Volksstaate: Die Befreiung dieser Schule von dem schulhemmenden Körperschaften Kirche und Gemeinde. Ihre Neuorganisation im Sinne der Einheits- und Arbeitsschule durch Schaffung von größeren Schulbezirken.

Damit ermöglicht der Staat: Die Einrichtung eines einheitlichen Schulkörpers mit sechs- bis achtklassigem Unterbau, auf je zwei Klassen- und Ober-, Fortbildungs- und Volkshochschule; also härtere und voll mögliche Gliederung nach Befähigungsstufen. Die Verwirklichung von äußeren Schulinrichtungen auf dem Lande, die aus pädagogischen und hygienischen Gründen schon längst als Selbstverständlichkeit angesehen werden. Und endlich vertiefte Ausbildung der Landtschule durch vermehrte Anstellung von Lehrkräften, Erhöhung der Stundenzahl, Herabsetzung der Klassenstärke und breitere Anwendung des Arbeitslehreverfahrens.

Vor allen Dingen ist die Erhaltung eines Lehrerstandes auf dem Lande Pflicht des Staates. Die Mitglieder dieses Lehrerstandes müssen ohne gesonderten Ausbildungsweg gleich allen andern Lehrern auf der Hochschule vorgebildet, dürfen in ihren verfassungsmäßigen Grundrechten nicht eingeschränkt, im vollen Kräfteinsatz für die heranwachsende Jugend nicht durch berufsfremde Pflicht- und leberhaltende Nebenarbeit behindert und durch sachgemäße Gefügegebung in Aufstieg und Beförderung allen Lehrern gegenüber nicht zurückgesetzt werden.

Es muß daher die sofortige Anbahnung dieser Hebung und Förderung durch zureichenden Zwang auf die Schulunterhaltungs-pflichtigen gefordert werden.

In der Diskussion sprach Wigge (Artern). Er trat den Ausführungen Prof. Waentigs über die Landtschule entgegen. Die beste Bildung ist die allgemeine Bildung.

Wechseler spricht dann noch ein kurzes Schlusswort.

Der Vorsitzende des Magdeburger Lehrerverbandes machte die Mitteilung, daß die Lehrmittelmesse ständig in der Buchhandlung Heinrich Hofen ausgestellt werden wird.

Darauf wird die Hauptversammlung geschlossen.

In der Nachmittagsitzung wird über die Gründung einer Krankenunterstützungsstelle verhandelt. Grundsätzlich stimmt man dem Gedanken zu. Man tritt nur darüber, ob die Sache durch Abstimmung oder durch die Vertreterversammlung geregelt werden soll.

Sodann sprach Wigge über die Stellung zur religiösen Frage. Der Deutsche Lehrerverband weicht nicht von seinen aufgestellten Forderungen ab, er paßt sie nur der Reichsverfassung an. Die Forderungen sind teilweise durch die Verfassung erfüllt. Der Meckner steht auf dem Boden der Gemeinschaftsschule. Es muß vom Staate gefordert werden, daß jedem die Möglichkeit gegeben wird, in seiner Religion erzogen zu werden, den Christen wie den Dissidenten. Er beantragt daher Streichung des Satzes 3 vom Schulprogramm des Deutschen Lehrerverbandes, der die Abhebung des Religionsunterrichts als Lehrfach fordert.

Es ist ein Antrag Schulz eingegangen, der zunächst die Erreichung der Gemeinschaftsschule im Sinne des Deutschen Lehrerverbandes fordert, jedoch eine Verringerung der Schulpflicht für notwendig ansieht.

Sodann sprach Wigge über die Streichung des Punktes. Man habe 1910 unter dem Eindruck der Revolution gestanden. Außerdem verstoße der Punkt gegen die Verfassung.

Die Mehrzahl tritt für die Streichung des Absatzes ein.

Es folgen zum Schluß noch persönliche Bemerkungen.

Unter anderem meldet sich auch ein Herr von der technischen Rothilfe. Er legt eine Entschädigung vor, die die Lehrer auffordert, die technische Rothilfe zu unterstützen.

Der Vorsitzende lehnt eine Abstimmung über die Entschädigung ab, da sie sachungsgemäß unzulässig ist.

Die Tagung wird darauf geschlossen.

## An unsere neuen Abonnenten!

Seit 1. Oktober hat die „Volksstimme“ erfreulicherweise eine sehr starke Zunahme an Bezählern zu verzeichnen. Und noch jetzt laufen täglich neue Bestellungen in großer Zahl ein. Dem Wunsch dieser Abonnenten, ihnen die seit 1. Oktober erschienenen Nummern nachzuliefern, können wir leider nicht Rechnung tragen, da fast alle Zeitungen vollständig vergriffen sind.

Der Verlag.

## Provinz und Umgegend.

### Zur Förderung beschleunigter Siedlungen.

Eine Gemeinnützige Siedlungs- und Finanzierungs-Gesellschaft m. b. H., abgekürzt „Gesf“ ist jetzt gegründet worden. Unter Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Heil aus Schwedt a. d. O., fand im Beisein von Vertretern der Regierung, der Ministerien, einiger Großbanken und der Kaufmannschaft im Abgeordnetenhause in Berlin eine Besprechung darüber statt, wie den Siedlungen finanziell am besten zu helfen sei. Heil ging in seinem eingehenden Vortrag davon aus, daß es sich bei den Siedlungsfragen nur um Lebensfragen des deutschen Volkes handle, daß alle Schwierigkeiten beseitigt werden müßten, und daß ohne Großkapital unter den jetzigen Staatsfinanzverhältnissen niemals eine gesunde, fruchtbringende Siedlungspolitik betrieben werden kann. Da der Wille zur Förderung der Siedlungspolitik vorhanden ist, so muß auch ein Weg gefunden werden. Alle noch vorhandenen Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Alle Anwesenden erkannten nach längerer Aussprache an, daß das geschickteste Finanzinstrument für die reifste Durchführung des Siedlungswesens von größter Wichtigkeit sei. Die Gesellschaft wurde mit einem bedeutenden Stammkapital gegründet. Der Vorstand soll sich am 7. Oktober konstituieren. Vor allem hat es sich die „Gesf“ zur vornehmsten Pflicht gemacht, für erste und zweite Hypotheken zu sorgen. Alle langweiligen und zeitraubenden Bestimmungen von Reich, Staat, Kreis und Stadt sollen beseitigt werden. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sollen die Ministerien für moderne Bedingungen eingekettet werden. Großbanken sollen für Zwischenkredit sorgen, die Versicherungsgesellschaften sollen ersucht werden, Geld für billigen Zinsfuß anzunehmen. Vorläufig hat die Siedlungen der Provinzen Brandenburg und Pommern ins Auge gefaßt worden.

### Parteinachrichten.

Schönebeck. Sozialdemokratischer Verein. Donnerstagabend 8 Uhr Mitgliederversammlung im „Stadtpart“. Wichtige Tagesordnung.

## Unterbezirk Wanzleben-Kalbe.

In die Ortsvereinsleitungen und Vertrauensleute! Am Sonntag den 23. Oktober, vormittags 9 Uhr, finden in acht Bezirken

### Funktionär-Konferenzen.

statt. Zur Teilnahme sind die Gemeindevertreter, die Schuldeputations- bzw. Schulvorstandsmitglieder und die Elternbeiräte verpflichtet. Es ist aber dringend zu fordern, daß auch alle übrigen Mitglieder der S. V. D. in den Konferenzen erscheinen. Das Mitgliedsbuch berechtigt zum Konferenzbesuch. Die Ortsvereinsleitungen der Tagungsorte haben für eine strenge Kontrolle am Saaleingang zu sorgen.

Die Tagesordnung in allen Konferenzen lautet:

1. Unsere Aufgaben auf dem Schulgebiet.
2. Die Vorbereitungen zur kommenden Gemeindevahl.
3. Berichtesebenes.

Referenten zum 1. Punkte sind die Genossen Mehlina, Sahn, Geisler, Danfert, Jock, Kuhnert, Busch und Otto Franz; zum 2. Punkte referieren die Genossen Nilscher, Berg, Ringel, Friedrich, Müldert und Friß. Die Tagungen finden statt in:

Egeln für die Orte Egeln, Weßerleben, Egerleben, Bledendorf, Wolmirsleben, Unseburg, Törshun, Gafeborn, Klein-Oßersleben, Gämmerleben und Gerg-Germersleben.

Seehausen für die Orte Seehausen, Ampfurth, Schramm, Eggendiet, Altbrandsleben und Remkersleben.

Altenwebbingen für die Orte Altenwebbingen, Langenwebbingen, Osterwebbingen, Dobendorf, Wägenborn, Süldorf, Behendorf, Söhlen und Welsleben.

Wanzleben für die Orte Wanzleben, Klein-Wanzleben, Dommersleben, Klein-Rodensleben, Wolmiersdorf, Schwaneberg und Klein-Germersleben.

Barby für die Orte Barby, Bömmelte, Groß-Rosenburg und Breitenhagen.

Kalbe für die Orte Kalbe, Gramsdorf, Werfleiß, Paßch und Schwarz.

Alten für die Orte Alten, Micheln, Chödrau, Sufigt, Rühren und Rajoch.

Egendorf für die Orte Biers, Eggersdorf, Eidenorf, Borne-Bisdorf, Groß-Mühlungen und Klein-Mühlungen.

Die Bezirksleiter haben die Pflicht, in jeder Form auf die Konferenzen aufmerksam zu machen und für einen starken Besuch Sorge zu tragen. Die Tagesordnung ist wert, daß recht viele Parteimitglieder erscheinen. Wir müssen für die kommenden Zeiten gerüstet sein. Unsere Konferenzen sollen das Band der Zusammengehörigkeit fester knüpfen und Stützen der Befreiung und der Weiterbildung für unsere Genossen und Genossinnen sein. Massenbeteiligung ist notwendig. Mit Parteiliebe für die Bezirksleitungen Ferl.

### Schönebeck, 6. Oktober. (Quäkerpeisung.)

Die noch nicht schulpflichtigen Kinder vom vollendeten 2. Lebensjahre ab, die infolge Unterernährung an der Quäkerpeisung teilnehmen sollen, müssen von den Eltern bis zum 10. Oktober schriftlich oder mündlich unter genauer Alters- und Wohnungsangabe für Schönebeck im Rathaus, Zimmer 27, für Groß-Salze im Rathaus, Zimmer 12, für Frohe im Rathaus und für Feigleben im Gemeindebüro angemeldet werden. — Die Weisbrothlieferung für Kranke geschieht nicht mehr bei Schüler, Breiter Weg, sondern beim Hadermeister Güntinger, Steinstraße. — Genosse Labedeb bestätigt, trotz aller Proteste der bürgerlichen Parteien und gegen den Beschluß des Bezirksausschusses zu Magdeburg ist jetzt die Bestätigung des Genossen Labedeb zum zweiten Bürgermeister vom Ministerium erfolgt. Die Amtseinführung erfolgt in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung zusammen mit der des Genossen Nolte als Stadtrat.

### Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 6. Oktober. (Die Wohnungsverhältnisse in den Baracken) geben schon oft Anlaß zu lebhaften Klagen. So geht uns auch jetzt wieder ein Notschrei eines Bewohners zu, den wir wiedergeben wollen: Kartoffeln und Kohlen sind zwei Dinge, die jeder haben muß, die sich aber in diesem Winter doch nicht jeder Familienvater beschaffen kann. Wer nun aber wirklich in der glücklichen Lage ist, sich ein paar Zentner davon besorgen zu können, der darf nicht in den Schützenhausbaracken wohnen, denn dort wird er mit seinem Gekrammaterial halb am Ende sein. Wie die Bewohner da den Winter überstehen sollen, ist unbegreiflich, denn die Wohnungen befinden sich in denkbar schlechtestem Zustande. Die Ventilationen schließen nicht und die Innen- und Außenwände sind so zusammengeetrocknet, daß sie zentimeterbreite Spalten aufweisen. Diese meist dreizimmerigen

## Der Bräutigam.

Geschichte eines häßlichen Mädchens.

Von Hermann Sendelbach.

(13. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Die beiden Mädchen sind auch jetzt noch Beatas Vertraute. Täglich erkunden sie sich voller Eifer. Alles wollen sie wissen, was Neues geschah. Wenn sie allein sind, Justine sie nicht zu belauschen vermag, sprechen sie immer von ihm. Die Mädchen geben ihr Urteil ab und erteilen jedweden Rat. Sie sind von der ganzen Entwicklung recht wohl befriedigt. Es würde ja alles glänzend gehen, es würde alles aufs beste enden. Er meine es ehrlich, das sehe man wohl.

Beata freut sich, mit irgend jemand sprechen zu können von dem, was ihr ganzes Denken und Sein erfüllt. Sonst hat sie ja niemand, als diese zwei Mädchen. Sie wissen schon alles. Sie nehmen Anteil. Vor ihnen öffnet Beata ihr Herz.

Und doch, ihr Schönstes und Kostlichstes, o, dies teilt sie mit niemand. Das hat sie für sich ganz allein, ungelesen und unentweicht im Heiligtum ihrer Seele.

Justine weiß von alledem nichts. Sie wundert sich nur ein wenig über Beatas verändertes Wesen und ihre Vertraulichkeit mit den Mädchen. Doch ahnt sie kaum etwas von all dem Geheimnis. Beata schämt sich, es ihr zu sagen. Was sollte es auch? Justine ist ja von Eignem ganz erfüllt.

Beata hat nun doch auch Justines Bräutigam kennengelernt. Dektors am Abend kommt er ins Haus. Er ist noch jung, hat ein hübsches und frisches Gesicht, helle Augen unter der freien Stirn, leicht gelocktes Haar und kurzen blonden Schnurrbart über dem Lippen und schönen Mund.

Sie sitzen im Zimmer und plaudern zu dreien. O, er spricht auch mit ihr, recht freundlich sogar. Sein Blick aber hängt an Justine, will sich nicht trennen.

Doch Beata betrübt dies nicht, o nein! Sie trägt ihr Geheimnis. Sie denkt an den andern, den fernem, den heimlichen Bräutigam. Unmerklich forcht sich in ihr nach Leo das Bild des unbekannten Geliebten. Er wird schon sein, schon und freundlich

sich und Karl wie jener. Und sein Auge wird hell sein und gültig und an ihr hängen wie Leos Blick am Anblick der Schwester.

So träumt sie und sinnt und merkt es wohl kaum, bis sie manchmal erwacht, sich bekennt und über sich selber lächelt. Und sie schilt sich Dörin. Und dann spricht sie zu sich selbst: Ich weiß nicht, ob er groß, ob er schön, ob er stark ist. Doch wie er auch sei, so will ich ihn lieben. O, wie will ich ihn lieben!

Sie lebt nun so ganz nur in ihm, sie ist so ganz nur erfüllt von dem einen Gefühl, daß kaum noch ein anderes sie zu berühren vermag. Erwerben ist alle Begierde nach Glanz und Jubel und lärmendem Leben. Selbst Witten der Mädchen vermögen es nicht, sie zu neuem Ausfluge in jene Welt zu verlocken. Am liebsten ist sie allein. Dann ist sie allein mit ihm. Witten in einer Arbeit kann sie innehalten, lächeln und ganz durchtriefelt von einem so neuen und süßen Glücke, daß sie es fühlt bis in die Spitzen der Finger und Füße. Eine neue Continuität erfüllt ihr Wesen, und alle Dinge, die ihre Hände berühren, scheint sie zu streifen. Ihre Seele grüßt den Geliebten und redet zu ihm in jeder Stunde des Tages, und ihre Träume kommen zu ihm. Und dem letzten Traum in der Frühe folgt schon beim ersten Aufschlagen der Lider der erste Gedanke an ihn, nach dem sie sich sehnt. Sie kann verloren am Fenster stehen und lächeln, sie kann auf dem Wege verweilen und eine Blume betrachten, lange, mit überströmender Liebe und Zärtlichkeit, und eine Spinne zu töten beim Säubern der Zimmer am Morgen kann ihr so leid tun, daß sie zögert, bis ihr die Sünderin flint entfließ in unzugänglichen Winkel. — Von allem, was ihren Augen Schönes begegnet, spricht sie zu ihm in Gedanken. Sie zeigt ihm den Fluß im übrigen Glanze des Landes, sie zeigt ihm die Stadt mit all ihrer Schönheit, mit Brücken und Kirchen und Plätzen und an den Häusern Madonnen in wehenden Gewändern und süßem Lächeln im Anblick, sie zeigt ihm die Wälder, die Berge und all das Blühen im Tal.

Sie sucht sich auch öfters im Spiegel und schmückt sich und möchte schon sein, für ihn, der da kommen will, sie zu rufen. O ja, sie möchte schon sein für ihn, sie will ihm gefallen, sie will ihn beglücken mit ihrem Lächeln, mit ihrem Aug. Vielleicht ist sie nicht so schön, wie um seinetwillen sie wünscht, es zu sein. Doch sie wird ihm gefallen, o ja! Er wird ihre Augen sehen, wird ihrem Blick begegnen, er wird sie lieben.

Sie kann im dümmerten Zimmer sitzen am Abend, die Hände still in den Schoß gelegt und träumen. O, wie will sie ihn lieben! Wie will sie die Falten aus seiner Stirn streifen, wie will sie die Wolken des Unmuts aus seinem Anblick verjagen, wie will sie denummer, die Sorgen aus seiner Seele zaubern und tief in die eigne Brust versenken, o, wie will sie ihn verstehen und trösten und Luft und Leid mit ihm teilen. Sie wird ihm jeden Wunsch aus den Augen lesen, sie wird ihn erraten, schon ehe er in seinen Augen sieht. Er wird nie mehr einsam sein; so lange sie lebt, wird ein Herz mit ihm fühlen und ihn nimmer verlassen, in keiner Not. O, wie will sie ihn lieben!

Und dann wagt sie auch andre Träume; sie sieht das hübsche Mädchen, das sie bewohnen, am Rande des Stadthaus, den kleinen Garten mit sauberen Beeten und Blumen entlang den Pfaden, sie sieht die hellen, freundlichen Zimmer, Vorhänge am Fenster — wie werden sie glänzen! Wie schön und reinlich wird alles sein! — Sie sieht die Küche mit blankem Geschirr, das Wohnzimmer mit den sauberen Möbeln, das Schlafzimmer mit den blendenden Betten ... sie lebt ...

Büchlich erhält Beata Antwort auf ihren Brief. Die Antwort ist kurz und nicht weiter beachtenswert. Was aber bedeutet sie für Beata. Was liebt sie aus diesen dürftigen Zeilen!

Sie schreibt ihm wieder. Sie wartet nicht immer die Antwort ab. Sie hat ihm so viel zu sagen. Sie schickt ihm lange Briefe, die fast wie ein Tagebuch sind, Briefe, an denen sie schreibt in jeder freien Minute, Briefe, darin sich all ihre Sehnsucht, all ihre Hoffnung, all ihr Reichthum und all die heurige Begierde dieser unberührten, einsamen, liebebedürftigen Mädchenseele spiegeln.

Sie schreibt auch Briefe, die sie dann nicht zu schicken wagt, weil sie ihr selber zu schön und schmerzlicher schmecken und die sie verachtet auf dem Grund ihrer Kammer, um sie einst dem Geliebten zu zeigen, wenn sie seine Vertraute sein wird.

Hier sollen nur wenige Sätze aus all diesen Briefen mitgeteilt werden, nur jene, die man kennen muß, um alles folgende recht zu verstehen. Es mögen nicht immer die schönsten, die tiefsten und rührendsten sein.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnungen sollen nun in solchem Zustand vertrieben werden. Das ist unzulässig. Auch die Baudeputation der Stadt hat eingesehen, daß die Zustände so nicht bleiben können und hat vor einigen Wochen den Ausbau der Wohnungen beschlossen. Aber was helfen die Beschlüsse, wenn sie nicht ausgeführt werden? Die Mauerer müßten ihr Handwerk wieder einpacken und nach Hause gehen, weil jedenfalls in den Kreisen der strategischen Leiter des Bauwesens tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Art der Ausführung herrschen, zu deren Ausbesserung so viel kostbare Zeit nötig ist, bis der Winter herankommt, und alles beim alten bleibt. Die Verwaltung der Baracken läßt überhaupt viel zu wünschen übrig. Daß es nicht gerade zu den Annehmlichkeiten gehört, glücklicher Inhaber solcher Barackenwohnungen zu sein, geht aus den Klagen über die Mitbewohner hervor. Da werden dem Nachbar Düngerhaufen unter sein Küchenfenster gebaut, die durch die „Mahlgerüche“ und die Fliegenplage sehr unangenehm empfunden werden. Andre Bewohner wieder bringen in den unentwickelten Wohnungen allerlei Viehzeug unter und laden dadurch Ratten und andres Ungeziefer an. Daß es für einen an Keuschheit und Ordnung gewöhnten Menschen außerordentlich schwer wird, sich in diese Wirtschaft hineinzufinden, liegt auf der Hand. Es muß doch dafür gesorgt werden, daß diesen Barackenbewohnern, für die andere Wohnungsverhältnisse nicht beschafft werden kann, der Aufenthalt in den Baracken wenigstens einigermaßen erträglich gestaltet wird.

**Kreis Neuhalbensleben.**

**Parteiinfürerungen.**

Am Sonntag den 9. Oktober finden zwei Konferenzen statt. In Alleringersleben bei Belle vormittags 9 1/2 Uhr für die Orte Meringersleben, Beendorf, Belsdorf, Eimersleben, Klein-Bartensleben, Marienborn, Karsleben, Ostingersleben, Schwanefeld, Wefensleben und in Ergleben bei Gienich nachmittags 3 Uhr für die Orte Altenhausen, Abendsleben, Bornstedt, Wregefeld, Ergleben, Hakenstedt, Hirsingen, Jencode, Nordmergersleben.

**Die Tagesordnung lautet:**

1. Berichterstattung vom Parteitag; Genosse Bernick.
2. Das Kreisparteiifest im nächsten Jahre.
3. Beitragsserhöhung.
4. Mitteilungen.

Diese Konferenzen sind äußerst wichtig. Die Beschlüsse des Parteitags müssen besprochen werden. Auch bedarf die Frage der Beitragsserhöhung einer ausgiebigen Erörterung. Parteigenossen! Sehen Sie nicht den Weg zu der Tagung. Im Parteiinteresse ist vollständiges und pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Der Unterbezirksvorstand des Kreises.  
J. A. Gustav Bernick.

Neuhalbensleben, 6. Oktober. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Von der Kantonsniederlegung des Gemeindever-

ordneten Karl Pieper wird Kenntnis genommen; er soll zur Begründung seines Antrags aufgefordert werden. Der Eintragung und Erhebung der gemeinlichen Wertwachstener wird zugestimmt. Zur Ausarbeitung einer Ortsabgabe auf Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule wird eine Kommission, bestehend aus dem Schöffen Matthes und den Gemeindevertretern Kerlich und Rebellum, gewählt. Die Nachbarn haben einen Antrag auf Erhöhung gestellt; es soll ihnen ein Voranschlag von je 500 Mark bis zur endgültigen Regelung gemacht werden. Wegen finanzieller Beteiligung an der Wanderbühne der Gesellschaft für Volkshilfe soll der Gemeindevorsteher mit den Gewerkschaften Rücksprache nehmen. Der Antrag auf Bewilligung eines Betrags für die Opfer von Oppau wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der Kostenantrag für einen Drahtzaun an der Baracke geht an die Baukommission. Dem Antrag des Gemeindevorstehers Scheiba auf Anrechnung einiger Jahre aus seiner früheren Tätigkeit auf das Besoldungsdienstalter wird einstimmig und ihm einstimmig die Anrechnung von 6 Dienstjahren zugestimmt. Den Schluß bildet die Erledigung einiger Armensachen.

Neuhalbensleben, 6. Oktober. (Eine außerordentliche Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Kreises findet am Freitag den 7. Oktober, abends 8 Uhr, bei Herzog Paul. Der Bericht vom Parteitag soll gegeben werden. Auch die Parteitagung muß besprochen werden. Unsere Ortsgruppe darf in der Werbung hinter andern nicht zurückbleiben. — Die Kartoffel-Lieferungen der Landwirte, welche die Kreisbauernschaft abgeschlossen hat, kommen wie vorausgesehen war, nicht recht in Fluß. Trotzdem der Vorstand der Kreisbauernschaft die Landwirte hat doch den Verhältnis-Rechnung zu tragen und der Ausreicherung des inneren Friedens zu dienen, scheint das die Landwirte fast zu lassen. Sie wollen an die 10prozentige Ermäßigung unter Tagespreis, welche abgeschrieben war, nicht recht heran. Der größte Teil der Arbeiter in den Betrieben ist noch nicht im Besitz von Kartoffeln. Der Profit aber geht den Landwirten über alles. Nicht könnten sie einmal zeigen, daß bei ihnen der alte Wille vorhanden ist, Not zu lindern. — Betrüger. Es ist festgestellt worden, daß mehrfach Bezugscheine auf Kartoffeln für Minderbemittelte an andere Einwohner, insbesondere auch an solche, die nicht zu den Minderbemittelten gehören, weitergegeben worden sind. Dieses ist durchaus unzulässig und strafbar. Die ausgehellten Bezugscheine für Minderbemittelte haben nur für diese Gültigkeit. Eine Uebertragung auf andere ist nicht statthaft. Jeden gemeldeten Verstoß wird der Magistrat strafrechtlich verfolgen lassen. Dies ist angebracht; denn durch solche Verträge werden wertvolle Güter über diejenigen welche die Verantwortung für die gerechte Verteilung der Kartoffeln tragen müssen. — Die Kassen des Kreises in der Hohenzollernstraße 33, Kreis-Vorstände, Kreis-Kommunalkasse und Kreis-Werkschaftskasse, sind vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 1/4 Uhr geöffnet. Sonnabends ab 8 bis 12 Uhr vormittags. — Gesperrt in die bauwürdige Oberbrücke bei Neuhalbensleben für Lasten über 60 Zentner. Auch das Befahren der Brücke im Trabe und das Befahren von Lastfahrzeugen auf der Brücke ist verboten. — Die Wähler-

listen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswohnen werden gestellt. Alle Wahlberechtigten müssen sich vom 6. bis 21. Oktober der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags in Neubalbensleben am Rathaus im Zimmer 13 melden, und zwar unter Beifügung einer Genehmigung, aus welcher hervorgeht, daß sie bei der betreffenden Arbeit und ihren Wohnort im Orte haben. Zur Teilnahme an den Wahlen sind berechtigt: Arbeitgeber, welche das 20. Lebensjahr voll und im Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung und eine gewöhnliche Niederlassung haben; Arbeiter, welche das 20. Lebensjahr voll und in dem Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder während sie außerhalb dieses Bezirks in Arbeit stehen, im Gerichtswahlbezirk wohnen. Weibliche Personen sind zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt.

**Kreis Wolmirstedt.**

Obernstedt, 6. Oktober. (Die Gemeindevertreter-Sitzung) die für Dienstag angelegt war, konnte nicht gehalten werden, da sie beschlußunfähig war. Das ist falls darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit zu oft Gemeindevertreter-Sitzungen stattgefunden haben. Da sie in im Gemeindefug stattfinden, verursachen sie den Gemeindefug tretern Anstoß, die infolge der Teuerung immer höher fühlbarer werden. Dem wird nun in nicht allzu langer abgeholfen werden. Das Amts- und Gemeindebureau wird gelegt werden; hoffentlich ist dann in den neuen Bureau ein Raum vorhanden, in dem die Sitzungen abgehalten werden können. Die nächste Gemeindevertreter-Sitzung findet Freitag statt. — Eine öffentliche Versammlung in der Landrat Genosse Gebhardt (Wurg) einen Wohnen wird, findet am Sonnabend abend um 7 1/2 Uhr im „Landhaus“ statt. Die Versammlung muß einen Massenaufruf sein.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Billige und doch Qualitäts-Schuhwaren**  
kaufen Sie noch immer im  
**Schuhhaus COORS**  
Sudenburg, Halberstädter Str. 116  
gegenüber Lemsdorfer Weg.  
Durch alten, günstigen Einkauf niedrigste Preise.



**Sich empfehle**

Solange Vorrat! Solange Vorrat!  
Neugrundgabe vorbehalten!

**Margarine** 12.00  
feinsten jenseitigen Qual. 1 Pfd. 12.00

**Margarine** 14.00  
hochwertige 1. Qualität 1 Pfd. 14.00

**Speck** 16.50  
1 Pfd. 16.50

**Seitbündlinge** 5.80  
1 Pfd. 5.80

**Kartoffel** 2.50  
2 Pfd. 2.50

Kaufendem erwarde ich noch einen Posten

**Schmalz** (reines Schweinefett) 15.80  
welches in der letzten Zeit ausgetrieben ist. Ich gebe dieses noch zum Preis von 15.80 für das Pfund an meine besten Kunden.

**Eduard Meyer**  
Große Mühlenstraße 1,  
Eingang Seebachstraße.

**NIWA-G**  
**NIWEL**  
Düsseldorfer

Neu-Einführung  
**Edelgrün**  
kurz, dick, 30 3



**Magdeburger Fischhallen**

Fluss- u. Seefisch  
Alte Ulrichstr. 13  
Telephon 7262.

Grosshandlung  
Breiteweg 89/90  
Telephon 2953.

Aus einer Begasoladung frisch eintreffend empfehlen wir:

H. Marokkanische gelbe Heeringe	1 Pfd. 3.88	H. Krabschellen	1 Pfd. 3.20
H. Marokkanische weiße Heeringe	1 Pfd. 2.90	H. Krabben	1 Pfd. 4.60
H. Marokkanische Portulakfische	1 Pfd. 3.20	H. Krabben	1 Pfd. 5.00
H. Marokkanische mittelgroße	1 Pfd. 4.60	H. Fischhälften	1 Pfd. 10.50
H. Goldschneide	1 Pfd. 4.40	H. Steinbraten	2 bis 3 Pfundig 10.50

**Tüchtige Bodenbeutel-Kleberinnen**  
für Heimarbeit  
zum sofortigen Antritt gesucht.  
**Gebrüder Walter, Papierverarbeitungs- und Druckerei**  
Magdeburg, N., Kolbiger Straße 4.

**Tüchtige Großstück- und Hofenschneider**  
für erstkl. Konfektion für Heimarbeit sucht sofort.  
**Magdeburger Kleiderwerk, Carl Diederichs**  
Haffelbachstraße 10.

**Erprobte Wasserleitungs-Monteur**  
werden sofort eingestellt  
**Johann Jungren, Drantienstr. 10**

**Maurer = Maurer =**  
Reken sofort ein 292  
Brandt & Kober, Baugeschäft, Wiedersberg,  
Magdeburger Straße 1.

**Baugeschäft Leberecht**  
Wiedersberg.

**Maurer**  
für Bankstelle Wilhelmstadt und Obernstedt stellt ein  
**Wilhelm Voss, Herderstr. 1.**

**Setzer-Lehrling**  
zum möglichst umgehenden Antritt gesucht  
**Gebrüder Walter**  
Magdeburg-Neuhof, Kolbiger Straße 4.

**Heizungs-Monteur**  
für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Johann Jungren und Wernike & Kayser**  
Sentralheizung und Installation. 279

**Soeben erdient von Karl Reimig**

**Hohenzollern**

**Wilhelm 2. und sein Haus**

Der Kampf um den Kronbesitz

Preis 30 Stk.  
Verlag: H. H. Hoffmann, Dr. Müller & Co.

**Konsumverein für Magdeburg u. Umgeb.**  
Breiteweg 54, 1. Truppe  
Königsplatz Str. 7/8

**Herren- u. Burischen-Winter-Schlepper u. Sportpaletots**

**Herren-, Burischen- und Knaben-Anzüge**  
reichhaltiges Stofflager.

**Winterkartoffeln**

**Herrn. Klantretter**

**Arbeitsmarkt**

**Nebenbeschäftigung**  
Gesucht werden für unter- und mittlere Klassen in der Provinz 1. Klasse.

**Automobilschlosser**  
für guten Lohn. Nur in der Provinz. Nur in der Provinz.

**Zimmerleute!**  
Erfahrungsgel. 3 Zimmerleute für Bauarbeiten in Göttingen werden sofort eingestellt. Interessent auf der Handl.

**Maurer**  
Bestenfalls ein Maurer für Bauarbeiten in Göttingen werden sofort eingestellt. Interessent auf der Handl.

**Zuschneider**  
Gesucht werden für guten Lohn. Nur in der Provinz. Nur in der Provinz.

**Stellungslehrling**  
Gesucht werden für guten Lohn. Nur in der Provinz. Nur in der Provinz.

# Die Sorgen der Sieger.

Der englische Ministerpräsident Lloyd George hat eine Rede gehalten, in der er hauptsächlich das Arbeitslosienproblem behandelte, das sich in England zu einer Krise schwerster Art auswächst. Die Schuld an der Arbeitslosigkeit sieht er in den verworrenen Valutaverhältnissen:

In Paris, wo das Pfund Sterling vor dem Kriege 25 Franc wert gewesen sei, stehe es heute auf 52 Franc, in Rom stand es am 23. September auf 90 und am 30. September auf 94. In Berlin war vor dem Kriege das Pfund Sterling 20 Mark wert, vor einem Jahre konnte man für das Pfund 212 Reichsmark und vor einer Woche 437 Mark kaufen. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 90 polnische Mark, vorigen Sonnabend auf 22.000, drei Tage später auf 20.000 bis 21.000. In Wien erhielt man früher 24 Kronen für das Pfund Sterling. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 820, vor einer Woche zwischen 6100 und 6500, d. h. ein Unterschied von 400 Kronen an einem einzigen Tage.

Angeichts dieser kolossalen Schwankungen erklärt Lloyd George es für ausgeschlossen, Handelsbeziehungen durchzuführen. Er forderte daher eine Stabilisierung der Währungen. Er sieht jedoch ein, daß diese nur dann möglich sein kann, wenn die auswärtige Politik stabilisiert ist. Danach trachtet die englische Regierung

Der englische Premier hat sich, wie man sieht, wieder einmal um die Behandlung des Kernproblems herumgedreht. Er hat nur verschwommen von einer Stabilisierung der auswärtigen Politik gesprochen. Was darunter zu verstehen sei, darüber schweigt er. Er wird sehr gut erkannt haben, wo der Hase im Pfeffer liegt. Churchill hat den Mut gehabt, es offen auszusprechen. Eine Gesundung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich, wenn das Friedensdiktat von Versailles geändert wird. Die deutsche Walaute muß ständig angesichts der hohen Summen, die man aus der deutschen Volkswirtschaft herauspreßt. Die Folge dieses Sinkens ist, daß Deutschland seine Produkte immer billiger auf den Weltmarkt werfen muß. Die valutaschwachen Länder können mit der deutschen Ausfuhr nicht konkurrieren und, und die unausbleibliche Folge ist ständig wachsende Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten.

Die Sieger schädigen sich selbst mit ihren wahnwitzigen Forderungen. Sie werden ihre Sorgen nicht eher loswerden, bis sie die Geister, die sie in Versailles riefen, wieder gebannt haben.

# Völkerbundspraxis.

Kuwait hatte seine weitere Mitgliedschaft im Völkerbund davon abhängig gemacht, daß alle Kulturvölker zugelassen werden. Nach allem was man hört ist jetzt vom Plenum die Beratung, nicht etwa schon die Annahme dieses Antrags, um ein Jahr verschoben worden. In der Kommission betonte der französische Delegation, daß Frankreich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht feindlich gegenüberstehe, aber an der Bedingung der Einhaltung der deutschen Verpflichtungen festhalten müsse.

Etwas zu der gleichen Zeit hat der Mitverfasser der Versailles-Bestimmungen Lloyd George in Kairo die vollständige Beendigung der Weltwirtschaft festgestellt. Er wagt es jedoch nicht, die wahren Gründe anzugeben. Am 12. Oktober sollen Vertreter des Völkerbundes in Wien ergründen, ob Wien sich zum ständigen Sitz des Völkerbundes eignet. Mag er doch nach Wien gehen — da kann er am besten studieren, was die Väter des Völkerbundes in Versailles und St. Germain angedacht haben und wo der Grund für die Weltwirtschaftskrise liegt. Oder soll etwa die Verlegung des Völkerbundes nach Wien als Schachzug gegen die Vereinigung Deutschlands mit Deutschland geplant sein?

umgearbeitet worden ist, der „Verstellten Einfachheit“ („La finta semplicità“) durch das Badische Landestheater in Karlsruhe. In Fritz Coriolis liegt es einen geradezu idealen Mozart-Dirigenten, der dem Wertchen des Zwölftjährigen die sorgfältigste Wiedergabe zuteil werden ließ.

Aus der Geschichte der Baderwäner. Aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird berichtet, daß der Baderwäner für die Schulen eingeführt worden sei: Lehrer und Schüler müssen zweimal wöchentlich haben. Eine gewiß begrüßenswerte Meinung, der man recht viel Nachfolge in anderen Ländern wünscht. Man darf aber nicht glauben, daß diese heute für unerlässlich gehaltene hygienische Einrichtung in Amerika ein hohes Alter hätte — überhaupt sind Kultur und Reinlichkeit durchaus nicht immer Hand in Hand gegangen. Noch im 18. Jahrhundert ging es, selbst in den prunkvollsten Palästen, wo man sich in Luxus gar nicht genug tun konnte, höchst ungesund zu: die Reinigung der Räume war nur sehr oberflächlich. Staub nahm man wie ein notwendiges Übel hin. Die Wände wurde selten gewaschen, unter den Säulen und Stiegenwänden lag der dicke Dreck, und die gepuderten Lodenperücken waren oft recht bruchstückhaft für Schmutz und Ungeziefer: die Kavaliers und ihre Damen, die Grafen, Herzöge und Marquis am Hofe des Sonnenkönigs bedienten sich keiner zierlicher Eisenweinfässer, um sich zwischen durch unauffällig die Köpfe zu kratzen, wenn die Kräfte und Fische gar zu aufdringlich wurden. Ein eigentliches Klosett gab es überhaupt nicht, auch nicht in dem herrlichen Palast von Versailles, den jeder kleine Despot nachzubauen sich bemühte, sondern nur Nachschöpfe oder tragbare Gefäße. Daß man bei so mangelhafter Körperpflege an Baden nicht dachte, versteht sich von selbst. Aber selbst im 18. Jahrhundert setzte sich die Einrichtung von Baderwännern nur langsam durch. Vor achtzig Jahren erst leitete sich ein gewisser Damm Thompson in Cincinnati eine Baderwanne in seiner Wohnung und ermunterte seine Mitbürger, ein Gleiches zu tun. Dafür wurde er von Ärzten und Politikern aus heftigste Befehde. Die gelehrtesten Jünger Westfalps behaupteten, ein Bad sei eine medizinische Einrichtung und dürfe wie ein Mittel aus der Apotheke nur auf ärztliche Verordnung verabreicht werden. Die Stadtverwaltung von Boston machte sich diesen Grundsatze zu eigen und verbot ausdrücklich, ein Bad zu nehmen außer auf besondere Anordnung des Arztes. Politisch bedenklich erschien das regelmäßige Baden von hundert Menschen, weil man darin ein Zeichen sah, daß die Bürger die republikanisch schlichten (und unsauberen) Sitten der Väter verließen und aristokratischen Neigungen hinhin. Der Präsident der Vereinigten Staaten Fillmore mußte sich noch viel Spott gefallen lassen, als er 1851 in seiner Amtswohnung im Weißen Haus in Washington, ein Baderzimmer einrichten ließ. 1860 oder künftigen die Hotels in New York bereits an sie hätten sich eine, manche sogar zwei und drei Baderäume angeheftet. Die Stadt Boston mußte denn auch im Jahre 1862 ihr famoses Badeverbot zurückziehen, und heute wird in Amerika kein Hotel mehr gebaut ohne einen eignen Baderaum für jedes Zimmer, und selbst die billigen Kneipenwohnungen verfügen über ein Baderzimmer.

# Preussischer Landtag.

Den Rednerzügen in der Mittwoch-Sitzung des Preussischen Landtags eröffnete der Zentrums-Mittelständler Geyer. Er begrüßte die Aufhebung der Sanktionen, lehnte aber die deutschen nationalen Schimpferien wegen angeblicher Verkaufung dieses Erfolges durch Preisgabe von Hoheitsrechten ab. Versicherungen für die Befugung müßten dem einheitlichen Gewerbe zugestimmt werden, ebenso ersuchte er nach der Ansicht des Zentrumsredners angebracht, die rheinischen Gewerbetreibenden bei der Verteilung von Reparationsarbeiten mit zu berücksichtigen. Produktionsgenossenschaften — so äußert Geyer — werden bei Verteilung von Reparationsaufträgen zuviel bevorzugt. Geyer spricht dann noch über eine Reihe Mittelständlerfragen in der bekannten biedern Handwerksmeistermanier, die natürlich die Lehrlinge von bösen Vereinen fernhält usw.

Der Handelsminister sang hierauf seinem Ministerium das Loblied, das ihm das Haus versagt hatte. Fischbeck schilderte, wie das Reich bei den Fragen des Reichsbergrechts, des Reichs-Inhaberschaftsgesetzes auf die Arbeiter der Länder zurückgreifen müsse, wie das Ministerium auch besonders gewillt gewesen sei, in Reichssteuerfragen im Interesse von Handel und Gewerbe tätig zu sein. Er geriet zu den Bedenken, daß das Handwerk bei der neuen Organisation für die Wertgutmachungslösungen zu kurz komme. Das Abkommen selbst entspreche wirtschaftlichen Notwendigkeiten Frankreichs, biete aber auch Vorteile für unser Wirtschaftsleben. Das Sinken der Mark sei nicht zurückzuführen auf Machinationen der deutschen Regierung. Ursache sei das Ultimatum mit seiner Verpflichtung zur Dollargahlung, verschlimmert werde das Übel durch die wüste Spekulation in nichtkaufmännischer Kreise. Der Uebertragung einzelner Rechte an den Vorkontrollkommissionen steht Fischbeck äußerst skeptisch gegenüber. Nur Gesetze und Verordnungen, an denen augenblicklich gearbeitet wird, könnten helfen. 60 bis 80 Milliarden deutsche Mark laufen nach Mitteilungen des preussischen Handelsministers im Ausland. Nach den Mitteilungen von gleicher Quelle bedrohen Zugriffe auf Devisen usw. aufs neue die Mark. In ähnlicher diktatorischer Weise wie vorstehend gekennzeichnet, behandelte der reaktionärste Minister Preussens noch eine Reihe von Fragen, ohne die Weisheit des alten Kommunalfreimiums zu überkompensieren.

Der Deutschnationale Janzon (Warmer), ein Kolonialwarenhändler seines Zeichens, behandelte den Etat oft zur großen Enttäuschung der Linken ganz im Sinne englischer Handelsinteressen, die, trotzdem sie Anhänger der freien Wirtschaft, nichts mehr hasse, als die Konkurrenz der Konsumvereine und Warenhäuser. Der deutschnationale Herr machte das Eingekändnis, daß die Umsatzsteuer zum größten Teile hinterzogen werde. Der Volksparteiler Weher rebete unter lebhaftem Widerspruch der Linken von sozialer Verschönerung.

Fortsetzung der Debatte Donnerstag 12 Uhr.

# Ein neuer Hirschfeld-Scandal?

Wie eine Gerichtskorrespondenz meldet, wurde Oltwig v. Hirschfeld nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Pilsen wegen angeblicher Haftunfähigkeit in das Gefängnis zu Offenbura in Baden übergeführt, um hier den Rest seiner Strafe für das von ihm an Erzberger verübte Attentat abzubüßen. Nun wird mitgeteilt, daß sich bei Hirschfeld eine schwere Saphyrose herausstellte, die seine Ueberführung in das Krankenhaus in Offenbura notwendig machte. Dort befindet er sich noch jetzt.

Man gewinnt aus dieser lakonischen Notiz den Eindruck, daß hier ein neuer Justizscandal vorliegt. Bekanntlich wurde Hirschfeld schon einmal wegen angeblicher Herbererkrankung 4 Monate aus der Haft beurlaubt und geriet in den Verdacht, den Griesbacher Anschlag auf Erzberger verübt zu haben. Wenn es ihm auch gelang, sich von diesem Verdacht zu reinigen, so entstand doch in der Öffentlichkeit allgemeine Befremdung darüber, daß die Justizbehörden dem Gesundheitszustand eines so gefährlichen Verräters wie Hirschfeld ihre rührende Fürsorge zumandten. Jetzt hören wir von einer erneuten Entlassung Hirschfelds aus dem Gefängnis. Vielleicht findet sich auch diesmal wieder ein deutschnationaler Grundbesitzer, der Hirschfeld unentgeltlich sein Gut zum Sanatoriumsaufenthalt zur Verfügung stellt.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn die Justizbehörden und Gefängnisverwaltungen in höchstem Maße den Gefangenen gegenüber humane Ermäßigungen gelten lassen. Es ist jedoch noch nicht bekannt geworden, daß Arbeiter, die wegen irgendwelcher Delikte mit Freiheitsstrafen belegt wurden, mit der gleichen Schonung behandelt werden wie die Angehörigen anderer Bevölkerungsschichten. Der Dichter Ernst Toller z. B., von dem es feststeht, daß er tuberkulös ist, erhält keinen Erholungsurlaub, im Gegenteil ihm verbietet man noch die Bettüre. Wenn auch auf diesem Gebiete nach und nach ein starkes Aufwachen gegen die Justiz erwacht, so tragen die Behörden, die auch hier mit zweierlei Maß messen, ihr gehöriges Quantum Schuld daran.

# Arbeiter-solidarität.

Die belgischen Gewerkschaften hatten zwischen dem 4. und 6. September d. J. in Morlanwelz, einem Städtchen in der Nähe von Charleroi, eine Gewerkschaftswoche veranstaltet, in der die Frage der Betriebsräte erörtert wurde und an der auch der deutsche Gewerkschaftsvertreter Sassenbach teilnahm. Im „Korrespondenzblatt“ berichtet Genosse Sassenbach in sehr interessanter Weise über die Demonstrationen belgischer „Ueberpatrioten“ gegen seine Person und über die einmütige und geschlossene Abwehr dieser Vorstöße seitens der belgischen Arbeiter und Gewerkschaftler, von der der belgische Genosse Brouardre schon auf dem Gölzinger Parteitag gesprochen hat.

Im Hotel wollte der Wirt einem Deutschen keine Unterkunft gewähren; darauf erklärten sich alle übrigen Kursteilnehmer mit Sassenbach solidarisch und verließen — um Mitternacht — den Gasthof. Am nächsten Tage wurde Sassenbach dann ein Privatquartier in der Stadt besorgt.

Gelegentlich eines Empfangsabends in dem Nachbarstädtchen La Louviere erließ ein Chabouinisten, „im Namen von 40 000 gefallenen Belgiern“ einen Aufruf, in dem sie dagegen protestierten, daß einem Deutschen das Betreten der Stadt gestattet werde, und in dem sie insbesondere die Kriegsteilnehmer und ehemaligen Deportierten zu einer Demonstration aufforderten.

Die Arbeiterschaft des Bezirks veranstaltete aber eine Gegendemonstration, an der 12 000 Arbeiter teilnahmen. Sassenbach zog mit einer Ehrengarde aus ehemaligen Kriegsteilnehmern und Deportierten in La Louviere ein und hielt unter großem Beifall seine angeforderte Rede. Am Tage darauf verlangte die Katholische Vereinigung von dem sozialistischen Bürgermeister von Morlanwelz die sofortige Abreise Sassenbachs. Die Arbeiter bestanden aber darauf, daß der deutsche Delegierte der Tagung bis zum Schlusse heimöhne.

Und die belgischen Arbeiter setzten ihren Willen zur Solidarität mit dem deutschen Klassengenossen durch.

# Drohende Unruhen in Tirol.

Die aus Tirol einlaufenden Nachrichten lassen die Befürchtung als gerechtfertigt erscheinen, daß Tirol vor drohenden Unruhen steht. Die Ursache ist in erster Linie der seit einiger Zeit wieder besonders hervortretende Auslauf des arbeitslosen Volkes durch ausländische Wälaute. Diese Erziehung ist von der Landesleitung der Tiroler Heimwehr unter Führung des Dr. Steidle — eines albertischen Anarchisten, der sich christlichsozial nennt — zu einer wüsten Hege gegen Wien und die deutschösterreichische Republik mißbraucht worden.

Dr. Steidle fordert in einem Aufruf zur Gründung eines „Deutsch-Schwarzverbandes“ auf mit dem Ziele, den im Zustand der Auflösung befindlichen Staat vor jedem gewaltsamen Umsturzversuch, den kein Mensch außer ihm vielleicht plant, zu schützen.

Die Ziele dieser Agitation werden klar, wenn man sich folgende einwandfrei festgestellten Tatsachen vor Augen hält: Während in Bayern die Selbstschußverbände nur mehr eine illegale Existenz führen, können sie in Tirol in aller Öffentlichkeit ihr Unwesen treiben. Sie erhalten deshalb auch Waffen zuzug aus Bayern, und große Waffenmengen werden aus Bayern nach Tirol schon seit Monaten verschoben. So schreibt die „Münchener Morgenpost“ (MSP): „Die Verbindungen zwischen den bayerischen Geheimorganisationen und den Tiroler Selbstschußverbänden wird aufrechterhalten durch Herrn Kandler, den früheren stellvertretenden Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerverschweh. Das Werbebureau befindet sich in Innsbruck, Hotel Maria Theresia. Das bayerische Verbindungs-bureau ist in Rosenheim. Die Praxis des Waffenhandels haben die Tiroler von den bayerischen Geheimständen erlernt. Die Verbindung mit München, Wien und Budapest wird durch Kurierdienst aufrechterhalten.“ Dr. Steidle verlangt von der Regierung sofortiges Eingreifen, vor allem ein Einreiseverbot gegen Ausländer.

# Notizen.

**Die Papiergeldflut.** Die Entwertung des deutschen Geldes, die sich im Tiefstand der deutschen Valuta am Auslandsmarkt und in den steigenden Preisen im Inland neuerdings wieder schärfer bemerkbar macht, hat auch auf den Umlauf an Papiergeld zurückgewirkt. In der letzten Septemberrunde wurden 4,2 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gegeben. Da außerdem noch für 7,6 Milliarden Darlehensfaktoreneine im Umlauf sind, bezieht sich der Betrag des deutschen Papiergeldes auf insgesamt rund 12 Milliarden Mark. Wenn auch an den Quartalsrechnungen und insbesondere um den 1. Oktober regelmäßig ein Anwachsen des Notenumlaufes zu beobachten ist, war es doch in diesem Jahre besonders stark und die diesmal erreichten Ziffern stellen Rekordziffern dar. Sie erklären sich zu einem guten Teile daraus, daß noch immer keine neuen Steuern dem steigenden Defizit des Reiches gegenüberstehen, und aus den Reparationsverpflichtungen. Eine stärkere Heranziehung des Vermögens an den Steuern und die Abänderung des Friedensvertrages sind die ersten Voraussetzungen für eine wirklich durchgreifende Abhilfe, die mit der Stilllegung der jetzt überanstrengt arbeitenden Notendrucke beginnen muß.

**Zeitungsverbot.** Die „Braunschweiger Nachrichten“ sind auf Beschluß des braunschweigischen Kabinetts wegen unvollständiger Herabwürdigung und Beschädigung der Ehre der Staatsgewalt auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten auf die Dauer von einer Woche verboten worden.

**Stellungnahme zum Parteitag.** Die Genossen von Darmen beschließen mit allen gegen fünf Stimmen eine Entschließung, die die Gölzinger Beschlüsse billigt und ein Festhalten an den vom Parteitag aufgestellten Bedingungen fordert. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien seien nur ein taktischer Notbehelf. Von den Verhandlungen, die mit den unabhängigen eingeleitet sind, wurde mit Genugtuung Kenntnis genommen. Die Straßener Genossen sprachen sich in ihrer Generalversammlung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei aus. Zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß jetzt die Unabhängigen endlich sich bereit erklären, in der Regierung mitzuarbeiten.

**Ludendorff sucht Arbeit.** Der arbeitslose General Ludendorff sucht Beschäftigung. Er hat dem Berliner Vertreter des „New York Herald“ seinen alten Plan entwickelt, den russischen Inhabenden durch einen gemeinsamen Feldzug Deutschlands, Frankreichs und Englands ein Ende zu machen. Also eine Expedition ähnlich derjenigen, die der Feldmarschall Graf Waldersee im Jahre 1900 ruhmlos nach China unternahm. Nur daß die Expedition nach Rußland weit gefährlicher und sehr viel blutiger ausfallen wird. Es spekuliert auf die Abenteuerlust deutscher Landstürmer, die sich schon im Baltikum und in etlichen deutschen Landesstellen betätigt haben. Von den Arbeitern ist Ludendorff überzeugt, daß sie keine Widerstand leisten. Der abgedankte General hat von der Stimmung der sozialistischen Arbeiter keine Ahnung. Auch die sozialdemokratischen Massen, die Gegner des Bolschewismus sind, würden gegebenenfalls alles tun, um ein derartiges Abenteuer vereinigter reaktionärer Mächte gegen Rußland zu verhindern.

# Depechen.

## Eudlich einige Stadtbriele.

**B. L. B. Leipzig, 6. Oktober.** Der Oberreichsanwalt erläßt heute Stadtbriele wegen Hochverrats gegen den Generallandwirtschaftsdirektor Kapp (Südwestfalen), Major a. D. Pass, Oberst a. D. Bauer, Volkswirtschaftler Schiele aus Raumburg a. d. S., Schriftsteller Schnitzler, Schriftsteller Trebitz, Vinkeln, General a. D. Freiherr v. Lüttich und Korvettenkapitän Ehrhardt. Die Reichsregierung setzt eine Belohnung bis zu 50 000 Mark für denjenigen aus, der zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ergreifung der flüchtigen Angeklundigten beiträgt.

## Die preussische Regierungsbildung.

\* Berlin, 6. Oktober. Heute vormittag kommen die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung beim preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald zusammen. Es soll der Versuch gemacht werden, aus den von den einzelnen Parteien aufgestellten Mindestforderungen die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms auszuarbeiten. Demokraten und Zentrum beabsichtigen, die Frage der Abfindung der Hohenzollern und ihre endgültige gesetzliche Regelung bei den gemeinsamen Besprechungen zur Sprache zu bringen.

## Unabhängiger Parteitag.

\* Berlin, 6. Oktober. Das Generalkomitee der U. S. P. D. hat laut „Freiheit“ beschlossen, den nächsten Parteitag zum 8. Januar nach Leipzig einzuberufen.

## Oberschlesiens Schicksal.

**W. London, 6. Oktober.** Exchange Telegraph Company meldet, der Vierzehntausend zur Eröndung der ober-schlesischen Frage habe einen von einem seiner beiden Sachverständigen festgestellten Entwurf Briand und Lloyd George unterbreitet, deren Antwort erwartet werde. Eine sehr beträchtliche Diskussion sei wegen der Deutlichkeit der Frage entstanden.

## Der Pariser Eisenbahnzusammenstoß.

**W. Paris, 6. Oktober.** Bei dem Eisenbahnzusammenstoß von Vatinquelles in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs St. Lazare in Paris wurden, wie gemeldet wird, bis heute morgen sechszehn Tote geküht. (Siehe A. Chronik. Red.)

# Jetzt! ist der richtige Zeitpunkt

gelommen, wo Sie Ihren Bedarf für Herbst und Winter decken sollen. Sämtliche Neuheiten in Herren- und Knaben-Kleidung sind eingetroffen. Sie finden eine imposante Auswahl vom einfachsten bis erlesensten Geschmack. Sämtliche Waren, selbst die billigen, sind vorzüglich in Qualität und Passform.

Dadurch, daß wir aus wohlweislich vor Monaten, und gerade zur billigsten Zeit, mit allen Mitteln in unsern umfangreichen Spezial-Abteilungen sehr reichlich versorgt haben, bieten wir angeichts der fortschreitenden Lernung jetzt enorme Vorteile. Man müsse diesen günstigen Umstand und warte nicht länger!

## Schlupfer

die große Mode, der moderne Kaballer-Kmantel in unerschöpflicher Auswahl, aparte Modelle  
500 650 800 950 1000 M. und höher

## Raglan und Mäster

der praktische Herbstmantel für Straße und Kaffe, in molligem Plüsch, Homespun, in vielen Farben  
480 550 750 825 900 M. und höher

## Winter-Deletots

in schwarz und marong mit Samtfragen - der tolle, vornehme Mantel in feinen Friedens-Qualitäten, auch für eine starke Herren fertig am Lager  
540 620 710 830 950 M.

## Schlupfer und Raglan

für junge Herren, aus gleichen Stoffen wie Herren-Schlupfer und in denselben Formen, reiche Auswahl. Die Preise entsprechend billiger.

## Schlupfer - Raglan - Rieler Pyjacks

für Knaben, in anspruchsvollen Formen - Neuanstalt  
120 160 190 240 290 M. und höher

## Gestreifte Beinkleider

für Herren, die neuesten Streifen, jede Größe, selbst für ganz vornehme Herren fertig am Lager  
90 110 140 180 220 250 M. und höher

## Herren-Artikel

Hüte, Mützen, Krawatten, Hosenträger, Phantastiewesten usw. Die letzten Neuheiten!

## Gesellschafts-Anzüge

in prima Friedensausführung, nämlich größte Auswahl, auch für starke Herren, Grad-Anzüge, Smoking-Anzüge, Gehrock-Anzüge, in schwarz und Beize mit passenden hochfeinen Bekleidern zu sehr vorzuziehenden Preisen.

## Herren-Anzüge

in marineschen, Kammingarn, Zivil, Cheviot, Cash, ein- und zweifach, der beliebteste Knab-Anzug  
550 650 750 850 950 M. und höher.

## Herren-Anzüge

in neuem Schnitt, braun, dunkelgemustert, grau, marong, ein- und zweifach und Sportform  
480 575 650 725 800 M.

## Der feine fertige Herren-Anzug

meine Spezialität, vorne mit Erfas für Maß, aus feinen Kattunen mit erlesenen Futterstoffen, nach den neuesten Modellen ausgefertigt. Für eleganten Sitz und prima Haltbarkeit Garantie  
900 950 1050 1200 M.

## Anzüge für junge Herren,

Reihen in Straßen- und Sport-Anzüge, äußerst haltbare Stoffe, schöne, nette Fassons  
350 425 550 600 750 M.

## Anzüge für junge Herren,

in vornehmsten Stoffen und elegantester Verarbeitung, in marineschen, der vornehme Knabenanzug, in Homespun, der feine Straßenanzug, Erfas für Maß  
480 550 600 700 825 M.

## Besonders vorzuziehende Knaben-Anzüge

in blau und fuchs, entzückende Formen, Original Kiel, Schlupfer Jackettform, Sportform, ganz aus erstklassigen Qualitäten, Verkauf zu Willkomm-Preisen  
270 240 180 140 120 M.

# Heinrich Casper

Breiteweg 133 Magdeburg Breiteweg 133

Vantant zu konturrenzlosen Preisen

**Gold-Silber-Platin-**  
Schmuck und Gegenstände aller Art, feine Uhren, Ringe, Goldschmuck, etc. etc.

**Brillanten**  
alte Gebisse  
die in Friedenszeiten angefertigt sind, auch verborgen, pro Zahn bis 20 M.

Georg Sack  
Große Mühlstraße 2  
- 1 Treppe -  
neben der Volkshalle

**Reparaturen**  
an allen Musikinstrumenten werden am besten ausgeführt in Silbermanns Musikwarenhaus, Breiteweg 10, 2833

**Arbeitsstube**  
Schaufel 3000  
konturrenzlos billig.  
Schuhwarengesellschaft  
Filiale: Lüneburger Str. 4  
Eggen-Verkauf  
Röhligstr. 64, Eggensteckst.  
Händler Karat!

## Billiger Lebensmittel-Verkauf!

Freitag und Sonnabend offeriere:  
**10. Schweinefleisch:**  
Schinken pro 16.00 M.  
Rindfleisch pro 15.50 M.  
Bausch pro 15.50 M.  
**8. Kalbfleisch:**  
pro 8.00-11.00 M.  
Kaltfleisch pro 8.00-10.00 M.  
Richard Bosse, Gr. Marktstr. 20.  
Verkaufstage: Mittwoch, Freitag und Sonnabend.

## Ab Freitag kommen die großen Buschhasen zum Verkauf.

Gerner Hühner, Gänzen, Finken, Enten und Gänse. Gänse auch geteilt.  
**R. Busch Nachf.**  
Jah.: Karl Köpfer, Georgenstraße 1. Telefon 1238.  
Marktstand vor der Börse. 2937

## Für Wiederverkäufer!!

Kakao, Schokoladen, Kaffee, Tee, Reis, Ke-nseife, Feinseifen, Waschpulver, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Weine, Kosmetik in guten Qualitäten zu billigsten Preisen. Ich bitte um Besuch meines Lagers. A7  
Curt Rabe, Magdeburg  
Moltkestraße 12c  
Eingang Fürstentor  
Fernsprecher 1294.

# Buckau

## Noch immer billige Schuhwaren

Durch frühzeitigen Einkauf und günstige Abschlässe kann ich noch außerordentlich preiswert anbieten:  
**Prima elegante Herren-Stiefel** mit u. ohne Lattappen, auch herbe Strapazierstiefel 110.00  
195.00 175.00 145.00 125.00  
**Schöne moderne Damen-Stiefel** mit u. ohne Lattappen, auch Beltschuh 125.00  
180.00 175.00 150.00 135.00  
**Damen-Halbschuhe**, hocheleg. Fast. Schür u. Spang. 94.50  
150.00 145.00 125.00 98.00  
**Edel-Schuh u. Spangenschuhe** sowie Knöchelstiefel, die neuesten Formen in all. Ausführung 125.00  
150.00 195.00 175.00 150.00  
Größe-Pfoten Plüschschuhe u. Stiefel, Knöchelstiefel u. Stiefel, von den billigsten bis zu den besten Sorten Eggenjoden.  
Gerne neu eingetroffen:  
Schärfstiefel, Turnschuhe u. Stiefel mit Leder- und Gummi-Sohlen, Fußballstiefel, Lederschuhen, Lederhausschuhe und Spangenschuhe, Halbschuhe, sehr billig.

Beachten Sie meine Schaufensterauslagen.  
**Schuhwaren-Haus :: Albert Himmelstern**  
Schönebecker Str. 94 b - Fernsprecher 7324

## Preussische Klassen-Lotterie.

Rauslose zur 5. Klasse 244. Lotterie - Hauptziehung am 14. Oktober bis 14. November - habe ich jetzt abzugeben.  
Georg Selle, hantlicher Lotterie-Einnehmer, Breiteweg 187.

**Pianinos kaufen!**  
für Bettwäsche bis 500 M. und höher, auch reparaturbedürftige Klaviere, Klavierstimmer, Klavier, Pianoforte, etc. etc.  
Pionierstraße 13 - Tel. 2059.

## Hämorrhoiden-Salbe

Hofapotheke  
Magdeburg, Breiteweg 158.

## Bettwäsche!

Günstigste Kauf Gelegenheit!  
Oberbett mit Kissen 82.50 M. Kissen ohne Kissen 41 M. Grober Posten etwas angestaubter Garnituren, Reiseunterwäsche, prima Qualitäten, zu bedeutend herabgesetzten Preisen, Hemden, Unterwäsche, etc. etc. in jeder Art und Größe, Damaste, Satin, etc. etc. in jeder Art und Größe, größter Auswahl weit unter Preis.  
Überzeugen Sie sich. Fußgängerweg. Gedruckt bis 7 Uhr.  
Spez.-Geschäft f. Bettwäsche L. Meyer, Ofenstedter Str. 62, L.

## Von der Demokratie zur Staatsklaberei!

Eine Auseinandersetzung mit Trotski von Karl Kautsky  
Preis inkl. Aufschlag Mark 14.00  
Funktionäre erhalten Rabatt  
Vorrätig  
Buchhandlung Volksstimme.

## Prima Landwurst

Alwin Rief, Barleben, Bahnhofsstr. 15

Heute und morgen kommen zum Verkauf  
Wildkaninchen 7.00  
Weißkohl 5.00  
Kartoffel 5.00  
Salz-Kartoffel 5.00  
Egel-Feld-Kartoffel 5.00  
Lebensmittelhaus  
**Albert Meißner**  
Stephansbrücke 23  
Fernspr. 587, Fernspr. 282.  
Sobald noch eingetroffen frische grüne Heringe.

## Reinwollene Kinder-Strümpfe

3	4	5	6	7	8	9	10	11
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00
12.00	13.00	14.00	15.00	16.00	17.00	18.00	19.00	20.00

Beachten Sie meine Schaufenster!  
Prima reinwollene Strickgarne, altbewährte Qualitäten  
15.00 12.00 10.00 8.75

# Georg Bünger

Burg, Breiteweg 42  
gegenüber dem Gasthaus zum goldenen Stern.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 235.

Magdeburg, Freitag den 7. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Oktober 1921.

### Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe.

Die Ortsgruppe Magdeburg des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Deutschlands nimmt zu den Forderungen der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe ebenfalls Stellung, indem sie schreibt: Die Angestellten-Verbände sind infolge der allgemeinen Teuerung an die Wirtschaftsorganisation wegen Erhöhung der Garantielöhne heranzutreten, ohne den Tarif oder die Lohnstufen zu kündigen. Die Garantielöhne des gelehrten Bedienungspersonals bewegen sich zurzeit in einer Höhe von 150, 180 bis 200 Mark für die Woche. Ebenso wie es in allen Verufen gut und besser bezahlte Stellungen gibt, ist dies selbstverständlich auch im Gastwirtsgerwerbe der Fall, in sehr vielen Fällen werden jedoch die Garantielöhne kaum oder nicht erreicht. Wir haben uns bei unserer Forderung, die Garantielöhne auf 300 bis 350 Mark zu erhöhen, von dem Durchschnitts-Wochenlohn anderer gewerblicher Mitarbeiter leiten lassen. Von unangerechtigten Forderungen der Angestellten kann nicht die Rede sein, zumal bei den gastwirtsgerwerblichen Anstellungen die teure Berufsbeleidung, leichtes Schuhwerk sowie Wäsche in Betracht gezogen werden muß. Von einer Erhöhung der Prozentanteile haben die Angestellten Abstand genommen. Die von den Angestellten gestellte Forderung, Erhöhung der Garantielöhne, würde in den seltensten Fällen eine Erhöhung der Speisen und Getränke nach sich ziehen. Die Wirtschaftsorganisationen haben die Forderungen der Angestellten einfach ignoriert und beachtlichen das bisherige System der einstufigen Prozentanteile fallen zu lassen, um dem Bedienungspersonal den 10prozentigen Aufschlag auf Rechnung des Gastes aufzuklopfen. Die Angestellten wehren sich gegen die Einführung des 10prozentigen Aufschlags auf Rechnung des Gastes aus zwei Gründen. Es ist erstens keine Möglichkeit, bei den schon hohen Preisen für Speisen und Getränke den Gast zu zwingen, den Angestellten noch 10 Prozent zu zahlen. Zweitens kann der Gast auch von den Arbeitgebern im Gastwirtsgerwerbe verlangen, die Höhe für seine Angestellten in die Ware einzufakturieren, wie es ja in allen Verufen üblich ist. Wenn die Wirte zur Begründung der Einführung des 10prozentigen Aufschlags anführen, daß Trinkgeld nach wie vor gegeben und genommen wird, so ist dies wohl zum größten Teil auf die zurzeit bestehenden minimalen Garantielöhne zurückzuführen. Auch eine 100prozentige Erhöhung der Löhne für das Hilfspersonal hat nichts Ungerechtfertigtes an sich, da man zurzeit für diese Gruppen Löhne von 90 bis 125 Mark monatlich neben Kost und Logis bezahlt. Wir sehen uns gezwungen, der Öffentlichkeit diese Auffassung zu bringen, um nicht von vornherein Vermutungen aufkommen zu lassen, daß Forderungen gestellt würden, welche der heutigen Zeit nicht entsprechen.

### Zudemmarken-Diebstahl im Lebensmittelamt.

Im März berichteten wir von ardueren Untersuchungen von Lebensmittelmarken im hiesigen Lebensmittelamt. Am Mittwoch hatten sich nun die Kaufleute Eugen Dieban, Franz Wodermann, Robert Dackow, Max Drisch, Friedrich Buch, Fritz Schmidt, Kurt Fischer und Willi Kurts vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte Fritz Sch. war auf dem Lebensmittelamt mit der Führung der Kartothek beschäftigt. Er verband es, in die Kartothek Mäntel von Familien hereinzubringen, die in Magdeburg gar nicht existierten. Für diese Familien empfing er monatlich die Lebensmittelmarken, von denen er die besten wertvollen zudem- und Meißelbrotmarken aufnahm. Auf diese Weise konnte er ungefähr 800 zudemmarken und 400 Meißelbrotmarken an sich bringen. Den besten zudemmarken verkaufte er an den Geschäftsführer D. für 175 Mark das Stück und die Brotmarken überließ er dem Angeklagten Kurt F., der sie für 50 Pfennig das Stück in Umlauf bringen sollte. Der Angeklagte Friedrich B. der ebenfalls am Lebensmittelamt beschäftigt war, leistete dem Fritz Sch. dabei Hilfe. Der Geschäftsführer D. gibt zu, 800 zudemmarken gekauft zu haben, will aber nicht gestehen, daß die Verkäufer Beamte des Lebensmittelamts waren. Die zudemmarken verkaufte er wiederum an die Angeklagten Eugen B., Franz W. und Robert D. für 2 Mark das Stück. Die drei letzten Angeklagten kauften dafür die bestimmte Menge zudem beim Kaufmann Grommann, wobei sie verhaftet wurden. Der Angeklagte Willi K. ebenfalls Beamter des Lebensmittelamts, entwendete dem Amt vier zudemmarken und stellte dafür einen Berechtigungschein zum Einkauf von mehreren Pfund Mehl aus. Das Mehl verwendete er für sich. Das Urteil lautet wegen Hehlerei und Schleichhandels gegen Eugen B. 1 Monat 1 Woche Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe und gegen Franz W. 3 Wochen Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe gegen Max D. wegen Hehlerei 2 Wochen Gefängnis, gegen Friedrich B. und Fritz Sch. wegen Betrugs 1 Monat Gefängnis, gegen Kurt F. wegen Hehlerei 1 Woche Gefängnis und gegen Willi K. wegen Diebstahls 3 Tage Gefängnis. Die Verhandlung gegen Robert D. mußte wegen Richterscheitens vertagt werden.

**Gegen die Preissteigerung.** Eine Funktionärerversammlung des Transportarbeiterverbandes, hiesige Magdeburg beschäftigte sich mit der Teuerung. In einer Entschiedenheit wird von der Reichsregierung der sofortige Abbau der Preise für sämtliche Verbrauchsartikel gefordert, da die fortwährenden Lohnsteigerungen keinen gerechten Ausgleich bringen können. Die Verammlung vertrat die Ansicht, daß, wenn nicht sofortiger Preisabbau eintritt, dem Reich schwere wirtschaftliche und politische Erschütterungen bevorstehen.

**Die Kartoffelnotierungskommission** gibt für den 6. Oktober folgende Kartoffelpreise bekannt: rote sind für 55 bis 58 Mark großflächig für 62 bis 65 Mark und weißflächig für 58 bis 60 Mark im Großhandel zu haben. Infolge geringen Angebotes und Wagenmangels ist der Markt fest.

**Abgewiesene Forderungen.** Am 21. September ging vor dem Mietminderungsamt Magdeburg ein Streitverfahren zwischen dem Hauswirt D. r. h. n. e. und seinen Mietern, Südost, Elbfässer Straße 4, zu Ende, dem bereits zwei Termine und ebenfalls zwei Besichtigungen des betr. Grundstücks durch Kommissionen vorausgegangen. Mit allen Mitteln verjuchte der Hauswirt seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gefordert wurde von dem Kläger eine Erhöhung der Grundmiete 1914 um circa 10 bis 20 Prozent, Erhöhung des Mietzinses um 40 Prozent, besondere Bezahlung des Wasserzinses (H) und Uebernahme von 3000 Mark, in Form eines Umlageverfahrens. Von vier Gutachten, von denen zwei für und zwei gegen die Erhöhung der Grundmiete 1914 sprachen, wurden die von zwei Vorstandsmitgliedern des Mietervereins angefertigten berücksichtigt. Trotzdem der Kläger erst seit Oktober 1919 Besitzer des Grundstücks ist, wurde dem Hauswirt in entgegenkommender Weise vom Mietminderungsamt (M. S. A.) eine Erhöhung der Grundmiete 1914 um circa 5 Prozent zugestanden. Im weiteren gestand das M. S. A. mit Ablauf der Verträge eine Erhöhung des Mietzinses um 40 Prozent, einschließlich aller Nebenleistungen, sowie für die Benutzung des Waschhauses einen Betrag von 1,50 Mark pro Tag zu. Mit den übrigen Forderungen wurde Kläger abgewiesen.

**Neue Briefmarken.** Soeben hat die Reichsdruckerei nach den Vorlagen des Briefmarken-Vertrags eine neue Reihe von Briefmarken fertiggestellt. Es sind die Werte zu 60, 80, 100, 120, 150 und 180 Pfennig. Die Bilder von Schmieden, Berg- und Landarbeitern darstellen. Der Entwurf stammt von dem Münchner Maler Paul Neu, der in dem beschränkten Briefmarken-Wettbewerb mit einem ersten Preise ausgezeichnet wurde. Die 60-Pfennig-Marke erweist dieser Tage die übrigen Werte im Laufe dieses Monats. Die Schmied- oder Bergarbeiter-Marke ist zu 60 Pfennig in dunkelblau, zu 80 Pfennig in rot, die Landarbeiter-Marke zu 100 Pfennig in grün, zu 120 Pfennig in ultramarin und die Landarbeiter-Marke zu 150 Pfennig in orange zu 180 Pfennig in blau zu erhalten; sämtliche Marken sind auf weißem Papier hergestellt. Die neuen Marken sollen jedoch an die Verbraucher erst abgegeben werden, wenn die Postanstalten die Restbestände ausgegeben haben.

## Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Augustaschule, Lismannstraße, Fortsetzung der **Generalversammlung** Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs bzw. -ausweises. **Vorstandssitzung** vor der Generalversammlung um 6 Uhr im Bureau.

**Kaufmännische Lehrlinge im Handel und in der Industrie.** Der Zentralverband der Anestellten schreibt uns: Durch die Meinung der Gehälter der kaufmännischen Angestellten haben auch die Entschädigungen für die männlichen und weiblichen Lehrlinge Änderungen erfahren. Die Annahme vieler Eltern und Lehrherren, daß Lehrverträge, die eine bestimmte Entschädigung vorsehen, von den Romachungen der Angestellten- und Arbeitgeberorganisationen unberührt bleiben, beruht auf einem Irrtum. Vom 1. Oktober an müssen die männlichen und weiblichen Lehrlinge im Verkauf und in den Kontoren des Handels und des Verkehrswesens pro Monat im 1. Lehrjahr 135,00 Mark, im 2. Lehrjahr 175,00 Mark, im 3. Lehrjahr 215,00 Mark erhalten. Die kaufmännischen Lehrlinge in der Industrie erhalten im 1. Lehrjahr 150,00 Mark, im 2. Lehrjahr 200,00 Mark, im 3. Lehrjahr 255,00 Mark. Wo diese Sätze nicht bezahlt werden, muß der Lehrherr auf die Regelung aufmerksam gemacht werden. Nach erfolgloser Maßung ist der Zentralverband der Angestellten, Große Miltzstraße 7, 1 Et., anzuschreiben.

**Ein Laubstummer vor Gericht.** Besonders schwierig gestaltete sich am Dienstag die Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den taubstummen Elektromonteur Friedrich Kobl. Er war angeklagt, dem Klempnermeister Ernst Weiborn in Groß-Ottensleben, Stahlteile, Spindelbohrer, Schraubenschlüssel, einen Schraubstock, Wollmutter und eine Ölpumpe entwendet zu haben. Kobl befreit die Tat obwohl die bei ihm abgehaltene Hausdurchsuchung für ihn belastend ausfallen war. Es wurden bei ihm die Werkzeuge gefunden, die er aber bei der Firma F. B. Wolff erkaufte haben will. Weiborn erkennt aber keine Werkzeuge wieder, die teilweise sogar sein Erkennungszeichen tragen. Als die Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen werden sollte, drückte er Weiborn wieder zur Tür hinaus, so daß die ihn besetzenden Kriminalbeamten die Tür mit Gewalt öffnen mußten. Die angeführten Umstände genügt dem Gericht, um den Angeklagten Kobl des Diebstahls zu überführen. Er kam mit einer Strafe von 2 Monaten Gefängnis davon. Als Dolmetscher fungierte Herr Rektor Müller.

**Die Tätigkeit der Feuerwehr im Monat September.** Im Monat September wurde die Feuerwehr 21mal alarmiert. Von 17 Brandfällen erwießen sich 3 als Großfeuer, 2 als Mittelfeuer und 11 als Kleinfeuer. 1mal handelte es sich um Beilegung eines Schornsteinbrandes. Ohne Brandursache erfolgten 4 Alarmierungen, von denen eine in böswilliger Absicht abgegeben war. In besonderen Fällen leistete die Feuerwehr 8mal Hilfe. Die Sanitätsabteilung trat 40mal in Tätigkeit. Auszuführen waren 392 Transporte mit Krankenwagen, 44 Transportierte waren verunlückt, 348 erkrankt. Mit besonderem Wagen wurden 16 anstehend Erkrankte befördert.

**Strohdiemenbrand.** Ein dem Landwirt Seiler gehöriger, in der Feldmark am Waldbergweg gelegener Strohhalm war am Mittwoch abend nach 6 Uhr, wahrscheinlich durch spielende Kinder, in Brand gesetzt worden. Die herbeigerufene Feuerwehr griff das Feuer sofort mit zwei Schlauchleitungen an, so daß der größte Teil des Diemens erhalten werden konnte. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit konnte der Schatz nach seiner Wache zurückkehren.

## Sozialdemokratischer Verein

Am Freitag den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Augustaschule, Lismannstraße

### Frauen-Versammlung!

Genossin Hartmann wird einen Bericht über die Wohlfahrtsabteilung und über die Frauenkonferenz in Gütlich geben. Die Mitglieder des Frauen-Verbandschiffes müssen wegen wichtiger Besprechung um 6 1/2 Uhr erscheinen.

**Orator-Vorleser** Mitgliederversammlung am Freitag den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Elbgarten“. Referent Stadterwählter Genosse G. Holz.

**Beamten-Verbandsauschuss.** Für unsere Beamten und deren Frauen findet in diesem Winter wieder ein Vortragskursus statt. Der erste Vortrag ist am Freitag den 7. Oktober, abends 7 Uhr, in der Augustaschule (Glangstraße). Der Bezirksverwalter.

**Achtung, Diffamistaster!** Vielen Beschwerden unserer Mitglieder möchte ich doch meine Diffamistaster bitten, so schnell wie möglich mit ihrem Bezirkskassierer abzurechnen, damit diese ihren Verpflichtungen dem Sekretariat gegenüber pünktlich gerecht werden können. Der Kassierer.

**Gehtohlen** wurden aus einer Bodenlampe in der Münchener Straße ein Damen-Radmantel aus schwarzem Tuch, eine Silberhose, ein neuer hellgrauer reißweicher Unterrock, grün gestreifter Kleiderrock, eine weiße Weißdunst, zwei große fast neue Puppen, ein Topf mit Puppengerätschaften, weiß lackierte Puppenmöbel, eine graue kleine Kleidhülle mit roter Stickerei und Kinderwäsche verschleppt.

**Einestücker gesucht.** Ein grüner Fries-Türbehang mit Sonnenblumen bestickt und ein roter Fries-Türbehang mit Franzen ist am 28. v. M. im Vorzimmer eines Hauses am Tränkeberg gefunden worden. Die Sachen rühren anscheinend aus einem Diebstahl her. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 69, zu melden.

## Magdeburger Parteinachrichten.

**Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.** Bildungsreise für alle Funktionäre am Sonnabend den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Werbezweig Süd im Frankenheim; Werbezweig Südost bei Fuhrmann (Salze), Würther Straße; Werbezweig Ost im Friedelstätt; Werbezweig West im Jugendheim, Georgenplatz. **Sozialkassierer:** Jugend- und Arbeiter-Jugend für Oktober müssen sofort im Jugendsekretariat abgeholt werden. **Stadtklub Nord:** Donnerstag 1/2 Uhr Jugendheim, Georgenplatz, Gesellschaftsabend. **Stadtklub Süd:** Donnerstag 1/2 Uhr Alte Historische Vorstadt. **Stadtklub Ost:** Donnerstag 1/2 Uhr Jugendheim, Grünemannstraße 14, Gesellschaftsabend. **Wilhelmstadt Nord:** Donnerstag 1/2 Uhr Fort V Heberabend.

## Theater, Konzerte, Vorträge etc.

**Städtisches Theater.** Stadttheater: Freitag (6. Abend) „Sedda Gabor“, Sonnabend (7. Abend) „Gediva“, Sonntag vormittag 2. Akt „Musik“, abends „Dante“, abend (außer Anrecht) „Alba“. **Wilhelm-Theater:** Freitag (Donnerstag) 1. Akt „Gyrienne“, Sonnabend „Die Kaufleute“, Sonntag „Gyrienne“.

## Kleine Chronik.

**Eingeführtes Dampfagewerk.** Durch ein Großfeuer wurde das Dampfagewerk Annaburg (Bezirk Halle) vollkommen eingeeiert. Große Holzvorräte wurden vernichtet, ebenso wurden Sägemühle und Probizelle vollkommen eingeeiert. Der Schaden geht in die Millionen.

**Schweres Eisenbahnunglück in Paris.** Mittwoch nachmittags 6 1/2 Uhr stießen in Paris im Tunnel von Batignolles unmittelbar hinter der Ausfahrt des Bahnhofs St. Lazare zwei Personenzüge aneinander. In Jarnen brach Feuer aus. Die Katastrophe ereignete sich dadurch, daß sich sechs Wagen des Vortrugs lösten und im Tunnel steckblieben. Infolge der Rausch konnte der Lokomotivführer des folgenden Zuges dieses Hindernis nicht erkennen, so daß ein Zusammenstoß sich nicht mehr vermeiden ließ. Bis 11 Uhr waren vier Tote und mehr als 100 Verwundete geborgen. Die Zahl der noch unter den Trümmern Liegenden ist noch nicht festzustellen, da die Rettungsarbeiten durch den noch wütenden Brand außerordentlich erschwert sind.

**Durch die Luft um die Welt.** Der britische Flieger Sir Hubert Smith, der bereits im vorigen Jahr einen erfolgreichen Flug von England nach Australien ausgeführt hat, plant jetzt einen Flug rings um die Welt. Der Flug soll nach dem Winter begonnen werden. Das Flugzeug wird eineickers-Maschine sein, die ein Mittelglied zwischen Land- und Wasserflugzeug ist und die Landung gleich leicht auf dem Lande oder dem Wasser gestattet. Ausgangspunkt wird England sein; von dort wird der Flieger den Weg über Mitteleuropa nach Mesopotamien, Indien, China und Japan nehmen und sich von dort nach Norden über die Beringer nach Alaska wenden, so daß er nach Kanada über die nördliche Grenze von Britisch-Kolumbien gelangt. Von dort will er Kanada bis nach St. Johns auf Neufundland durchqueren.

## Sport und Spiel.

**Fußball.** Auf dem Sportplatz (Weiner-Friede-Straße) finden am Sonntag den 9. Oktober folgende Spiele statt: Ballspielklub I gegen Eintracht I (4 Uhr nachmittags). Da beide Mannschaften gut in Form sind, ist ein spannender Kampf zu erwarten. Ballspielklub III gegen Barleben III (2 Uhr nachm.). I. Jug. Ballspielklub gegen I. Jug. Sportvereinigung v. S. 13 (11 Uhr vorm.).

## Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung die Zelle 1.00 Mark aufgenommen. **Zentralverband der Köpfer.** Am Sonntag den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, Konferenz der umliegenden Zehlfelder bei Rumbier St. Klosterstr. 15/16. **Deutscher Saboteur-Verband.** Sonntag, Magdeburg, Sonnabend den 7. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Rumbier St. Klosterstr. 15/16. **Freier Arbeiter-Sportverein Groß-Magdeburg.** Abt. Neue Werkstatt, Sonnabend den 7. Oktober, abends 7 Uhr, Generalversammlung I. Kartischbühnen. **Ring- und Sportklub Borussia Siedenburg.** Am Sonnabend den 8. Oktober abends 7 Uhr, Versammlung im „Kittlitzplatz“. **Arbeiter-Radsportverein Stern.** Am Freitag abend 8 Uhr Versammlung im „Kittlitzplatz“. **Gießerei.** Männer-Turnverein, Freitag den 7. Oktober, Versammlung. **Klein-Ottensleben.** Freie Turnerschaft, Sonnabend den 7. Oktober, abends 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei E. Schütz. **Warg.** Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Freitag den 7. Oktober wichtige Mitgliederversammlung im „Kongresshaus“. **Dierstedtitzer.** Turnerschaft, Am Sonnabend den 8. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung bei E. Meyer. [621]

## Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Ort	Wasserstand
Dorabitz	5.10 - 0.9	Düben	6.10 - 0.08
Brandeb.	- 0.52	Saale	6.10 + 0.46
Reinick	+ 0.2	Broth.	+ 1.04
Lehrm.	+ 0.61	Broth.	+ 0.2
Angfa.	6.10	Bermburg Hpt.	+ 1.2
Dresden.	- 2.14	Raibe Oberpegel	- 0.52
Zorgau.	- 0.5	Raibe Unterpegel	- 0.54
Wittenberg.	+ 0.54	Schleim.	- 0.54
Röhlau.	- 0.1		
Alten.	5.10		
Sorb.	6.10 - 0.5		
Magdeburg.	+ 0.06	Brandenburg.	5.10 + 1.86
Zangerh.	+ 0.32	Brandenburg.	+ 0.38
Wittenberge.	- 0.03	Unterpegel	- 0.02
Zengen.	5.10	Rathenow.	-
Dömitz.	- 0.58	Oberpegel	-
Dorabitz.	5.10 - 0.65	Rathenow.	-
Wittenberg.	6.10 - 0.17	Unterpegel	-
Wobdenitz.	6.10 - 0.17	Savelberg.	+ 0.29

## Wettervorhersage.

Freitag den 7. Oktober: Keine Witterungsänderung.

**Wer an Gichtleiden leidet** bitte sich mit dem Witterer zu schreiben. Witterer, hiesige Magdeburg, Große Miltzstraße 12, 1. Etage. Witterer, hiesige Magdeburg, Große Miltzstraße 12, 1. Etage.

# Siedlung und Gartenbau

## Enteignung.

Es ist schon oft ausgesprochen worden, daß jeder gute und vernünftige Gedanke dann zum Tode verurteilt ist, wenn er irgendeiner großen Behörde zur pflichtlichen Behandlung überwiesen wird. Diefelbe Erkenntnis macht sich in immer stärkerem Maße auch in der Siedlungsfrage bemerkbar. Die Parlamente haben mit sehr großem Eifer versucht, dem Gedanken, der in der vorläufigen Siedlungsverordnung der Reichsbeamteten liegt, die gesetzlich bindende Form zu geben. Sie haben aber nicht dafür gesorgt, daß die Siedlungsverordnung so klare Vorschriften enthält, daß den nachgeordneten Stellen ein Zwang zum Handeln auferlegt worden ist. Im Gegenteil: alles, was der Siedler und der kleine Pächter zu beanspruchen hat, ist zwar in schönen Worten und paragraphenmäßig geordnet niedergelegt, aber in demselben Augenblick, in dem man der Siedler nach Land eine behördliche Maschine gegenüberstellt, die mit sehr weitgehenden Befugnissen und Entscheidungsrechten ausgestattet war, hat man dem Siedlungsbedachten den ersten kräftigen Stoß veretzt.

Die Zahl der Anträge, die bei den Kulturräten lagern, geht ins Ungewöhnliche. Wenn man aber fragt, wieviel von all den tausend Forderungen bisher erfüllt worden sind, dann wird man eine höchst unerfreuliche Auskunft erhalten. Wiederholt ist die Behauptung aufgestellt und von amtlichen Stellen noch nicht widerlegt worden, daß in den dreißig Monaten seit der Revolution noch nicht einhalb Prozent der Flächen aufgeteilt worden sind, die nach der Siedlungsverordnung abzugeben werden müssen. Dieses praktische Ergebnis ist einfach erbärmlich, wenn man es mit den bombastischen Reden und der ungeheuren Propaganda vergleicht, mit dem die Siedlungsbewegung vom Tage ihrer Geburt ab begleitet worden ist. Woran liegt das? Zu einem großen Teil an dem strikten Widerstand der abgabepflichtigen Großgrundbesitzer. Die ablehnende Haltung der Agrarier ist in ihrem Egoismus begründet: je größer die Morgenzahl ist, die ein Großgrundbesitzer bearbeitet, desto größer ist sein Verdienst. Wenn ihm von seinem Landkomplex ein Teil weggenommen wird, so ist damit eine Verunsicherung seines Profits verbunden. Daher wehren sie sich gegen einen Angriff auf ihr Fortkommen. Aus diesem Gedankengang geht aber hervor, daß ein langwieriges Verhandeln mit den Landabgabepflichtigen niemals zu einem Erfolg führen wird. Es dient nur zur Verschleppung. Deswegen muß naturgemäß in den meisten Fällen der äußerste Zwang, den das Siedlungsrecht vorsieht, nämlich die Enteignung, in Anwendung gebracht werden.

Wenn aber auf der einen Seite dem Großgrundbesitzer die Verpflichtung auferlegt wird, einen Prozentteil seines Besitzes abzugeben, dann darf man auch nicht lange fadeln, sondern muß den Siedler, die gesetzlichen Ansprüche auf Land haben, durch eine schnellere Zufuhrnahme des Enteignungsparagraphen entgegenkommen. Hier ist der Siedler, der mit aller Schärfe anzusetzen ist. Sondernarweise können aber Kulturräte und Landbesitzungsverbände daher zurück, von ihren Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Soweit das Kulturrat in Frage kommt, das doch eine unparteiische Behörde sein soll, hat man für dieses Jagen keine rechte Begründung, während beim Landbesitzungsverband die Verhältnisfrage klar und einfach liegt. Es ist zur Genüge bekannt, daß die Provinzial-Landbesitzungsverbände nur aus den Großgrundbesitzern zusammengesetzt sind, denen die Verpflichtung zur Landabgabe gesetzlich auferlegt ist. Daß eine solche ganz einseitig zusammengesetzte Korporation sich nur sehr schwer dazu einlassen kann, im Wege des Zwanges gegen ein einzelnes Mitglied vorzugehen, liegt auf der Hand. Weil ferner nach gesetzlicher Vorschrift nur die Landbesitzungsverbände mit der Genehmigung von Siedlungsland beauftragt werden können, ist der Siedlungsverband die praktisch letzte Instanz. Daran resultiert, daß die von Natur aus ablehnend eingestellten Landbesitzungsverbände als Hauptstimmgeber für eine verhältnismäßig schnelle Siedlung in Betracht kommen. Somit aber wiederum nicht die Kulturräte einfließen werden sollen, die durch die langwierige bürokratische Bearbeitung der Siedlungsanträge an der Beschleunigung mitschuldig sind. Diese Schwierigkeiten können erst behoben werden, wenn ein Landwirtschaftsminister aus Baden kommt, der nicht nur den platonischen Willen hat, Siedlungsstellen zu freieren, der vielmehr auch das Recht besitzt, die Herren Kulturräte in den einzelnen Kulturräten energisch mit Parolen zu versehen.

Es ist notwendig, daß die gesetzlich vorgesehene Enteignungsmaßnahme zur Wirklichkeit wird. Das Vertrauen der Siedler in die Arbeit der mit der Verwaltung der Siedlungsangelegenheiten beauftragten Korporationen würde sich sofort wackeln und verlieren, wenn endlich mit der Enteignung Ernst gemacht würde. Leider ist es aber so, daß man sich vergeblichen Hoffnungen hingibt, wenn man allzu weit an den Willen der Kulturräte knüpft. Wenn dieser Eifer nämlich vorhanden wäre, so würden die Siedlungsangelegenheiten wirklich praktisch, aber nicht bürokratisch bearbeitet werden.

## Die Kündigung der Pachtverträge.

Die Fälle, in denen Kulturräte die Anträge auf Verlängerung von Pachtverträgen zurückzuweisen, weil sie nicht in allen Punkten den gesetzlichen Voraussetzungen genügen, nehmen zu. Die Kündigung der Pachtverträge ist ein Hauptpunkt der Siedlungsverordnung vom 21. Januar 1921. Der § 5 dieser für die preussischen Kulturräte geltenden Verordnung lautet:

Der Antrag, über die Fortsetzung der Kündigung zu entscheiden, ist unverzüglich nach Eingang der Kündigung zu stellen. Der Antrag, ein über Kündigung abgelehntes Pachtverhältnis zu verlängern, ist so frühzeitig zu stellen, wie es unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Teiles verlangt werden kann. Der Antrag kann nicht mehr gestellt werden, wenn die Kündigung abgelehnt ist.

Hiervon geht für jeden Pächter hervor, daß er keine Zeit verlieren darf, wenn es sich darum handelt, einen Pachtvertrag zu verlängern. Der Antrag, ein über Kündigung abgelehntes Pachtverhältnis zu verlängern, ist so frühzeitig zu stellen, wie es unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Teiles verlangt werden kann. Der Antrag kann nicht mehr gestellt werden, wenn die Kündigung abgelehnt ist.

hinterwirken, daß ein gefunder Ausgleich zwischen den Interessen der Pächter und Verpächter zustande kommt. Wenn aber bloß aus dem Bestreben heraus, den sich absolut nicht in einer Pachtvertrag befindlichen Besitzern höhere Pachtpreise zu gewähren, ein Pachtvertrag aufgehoben wird, nur weil der Besitzer dann höhere Pachtpreise herausfordert, so ist das ein Verfahren, gegen das ganz energig Protest erhoben werden muß. Denn das Wesen der Pachtverträge besteht doch nur auf der Erwägung, daß man durch eine behördliche Beaufsichtigung oder Begrenzung der Pachtpreiserhöhungen Schädigungen und Unbilligkeiten vermeiden will, die sich in ungeheuren Preiserhöhungen für alle landwirtschaftlichen Produkte äußern müßte. Die ungesunde Entwicklung der Pachtpreiserhöhungen hat natürlich, wenn man den kapitalistischen Pachtvertrag betrachtet, zur Folge, daß auch in demselben prozentualen Verhältnis eine Versteigerung des Grund und Bodens tatsächlich vorgenommen worden ist. Und diese schädliche, durch nichts gerechtfertigte Versteigerung soll gerade durch die Pachtvertragsordnung verhindert werden, genau so, wie eine Versteigerung des Hausbesitzes durch die Mietvertragsordnung unmöglich gemacht werden soll. Mieterrecht und Pachtrecht sind in ihrem Wesen zwei Parallelverordnungen, deren Anwendung im Gedächtnis ist, daß sie in jedem Falle den Mieter und Pächter vor einer ungerechtfertigten Ausbeutung schützen sollen. Die Pachtverordnungen müssen sehr viel objektiver arbeiten, wenn sie auch nur in etwas an die sehr gut kontrollierbare Grundpreispraxis der Mietverordnungen heranziehen wollen. Der § 6 der preussischen Ausführungsbestimmungen beschränkt die Arbeitsweise der Pachtverordnungen und besagt folgendes:

Die Pachtverordnungen, die in erster Linie auf einen Vergleich hinzuwirken haben, entscheiden nach billigem Ermessen. Die Entscheidung ist endgültig. Der ordentliche Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Dieser Begriff des „billigen Ermessens“ ist natürlich sehr dehnbar. Es sind Fälle vorgekommen, in denen die nach „billigem Ermessen“ gefällten Urteile in ziemlich traurigen Gegensatz zu den Bestimmungen der Pachtvertragsordnung stehen. Erst kommen doch wohl die festgelegten Grundgedanken des Gesetzes, dann mag in zweiter Linie das billige Ermessen eine Berücksichtigung haben. Wenn man aber in den Einzelfällen umgekehrt verfährt und über dem subjektiven Empfinden das Gesetz nicht genügend würdigt, dann ist der Zweck der Pachtvertragsordnung verfehlt. Die Pachtverordnungen müssen also Wert darauf legen, neben der Berücksichtigung der Verpächterinteressen die Rücksichtnahme der Rechte des zum Teil in eigener Notlage stehenden Pächters nicht zu vergessen.

Bei einem allzu unerbittlich erscheinenden Urteil ist namentlich auf Grund des § 579 der Zivilprozessordnung eine Wiederaufnahme des bereits geschlossenen Verfahrens möglich, wenn man nachweisen kann, daß das Gericht in Unkenntnis oder Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse zu einem Urteil gekommen ist. Und das dürfte bei den endgültigen Urteilen der Pachtverordnungsämter recht oft der Fall sein.

## Befähigte Zuhilfenahme für Siedlungsbauten.

Die neu- und Siedlungsangelegenheiten haben stets über das gebräuchliche Verfahren, wenn für eine Siedlung Baukostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenversicherung erwirkt werden sollen. Diese Zuschüsse gehen von der landlichen Siedlung zum Kreis, von dort zur Regierung oder zum Oberpräsidenten, weiter zum Reichspräsidenten und von dort zum Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Wenn alles gut geht, so besteht die Aussicht, daß auf den Antrag in etwa 20 Wochen ein endgültiger Bescheid erteilt wird. Bei den Änderungen der eingereichten Unterlagen notwendig, was ja bei den Massenberechnungen meistens der Fall ist, so verzögert sich die Entscheidung noch erheblich mehr. Diese Verzögerung verteuert erheblich die Siedlungsarbeiten über die Organisation zur Ausführung der Bauten verfügen oder solche bereitgestellt haben. Mangels endgültigen Bescheides sind sie zur Unmöglichkeit verdammt und in den zur treffenden Vorbereitungen gehemmt. Die Betriebsvorbereitungen liegen still, und eine Disposition hinsichtlich der Arbeit und der Arbeitskräfte ist unmöglich. Dieser Zustand bedeutet eine Behinderung der Siedlungsarbeiten, der behoben werden kann, wenn die Antragsteller bereits lange Zeit nach der Einreichung ihrer Anträge „rengierten“ Gewißheit erhalten können, daß ihre Anträge grundsätzlich genehmigt sind und daß nur in Bezug auf die Höhe der anzusetzenden Beiträge Abänderungen zu erwarten sind.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wandte sich daher an die Regierung mit dem Ersuchen, durch ein beschleunigtes Verfahren die bestehenden Mißstände zu beheben. Die Regierung ist hierzu bereit. Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat nämlich am 26. August folgende Verfügungen erlassen:

In Vorbereitung mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung bin ich bereit, bei Wohnbaubauten das Verfahren zur Erlangung von Zuschüssen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenversicherung infolge von Mißständen, die ohne zeitweilige Freistellung der Untertage bei den Regierungen wenigstens eine grundsätzliche Entscheidung möglichst schnell herbeizuführen. Ich habe die Regierungen ersucht, mit den erforderlichen Anweisungen versehen und wäre dankbar, wenn vom A. D. G. B. aus in geeigneter Weise die interessierten Kreise darauf hingewiesen werden. Ich darf dabei darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren nur Platz greifen kann, wenn der Antragsteller den Zuschuß nach einer vorläufigen grundsätzlichen Entscheidung zum Ausdruck bringt. Von der Festlegung der Untertage kann aber auch in diesem Falle nicht abgesehen werden, weil sonst die Möglichkeit fehlt, das Vorgehen im allgemeinen zu beschleunigen.

Diese Stellung des Ministeriums wird den Siedlungsangelegenheiten sehr erwünscht sein, denn sie muß dahin führen, daß die so oft beklagten Mißstände bei der Erlangung der Zuschüsse wenigstens teilweise beseitigt werden. Es ist daher zu wünschen, daß die beschleunigte Vorgehensweise im Zukunftsverfahren bei den beteiligten Kreisen bekannt wird, damit diese bei ihrem Vorgehen sofort Anträge auf teilweise grundsätzliche Entscheidung stellen.

## Nach der Ernte.

Die letzten Kartoffeln und der letzte Kohl werden eingewickelt, das Kartoffelkraut die Straßen sowie die alten Sozialisten und die Kohlstränke mit den überlebenden Wurzeln aber lassen sich im Boden unverändert nicht die ganze Pachtelle aus, denn der Winterpächter oder Winterpächter hat. Am Ende ist für den Pächter ein kleiner Gewinn, der sich aus dem Verkauf der Wurzeln ergibt und gewinnlos und nicht zum geringsten, jedoch er sich auf keinen Fall mit den überlebenden Wurzeln aus dem Winterpächter und überlebende Kartoffeln sowie die Wurzeln der Pachtvertragsperiode mit Pflanz und Sporen aller möglichen Krankheiten abgeben. Winterpächter den ganzen Winter. Was jeder, wie es jeder weiß, weder mit Kartoffeln befreit, denn nach der Klein-

siedler im nächsten Herbst die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen: Denn hatte er in diesem Jahre nur hin und wieder eine kranke Kartoffel mitgeerntet, so findet er ganz gewiß bei der neuen Ernte nur hin und wieder eine gesunde. Ebenso steht es mit dem Kohl und den übrigen Pflanzen.

Also wir eggen oder harlen den ganzen Acker sorgfältig ab, verbrennen die Rückstände gleich an Ort und Stelle und streuen die Asche gleichmäßig aus. Ist das Feld nun geäubert, so wird es tief umgegraben, wobei noch manche freigebliebene gesunde Kartoffel mitgeerntet wird. So kann das Stück Land mit den umgegräbten Schollen bis zum Frühjahr liegenbleiben; es darf nicht etwa hinterher glatt geeeggt oder geharkt werden, denn gerade die Unebenheit der Schollen bietet im Winter dem Wasser und dem Froste die Möglichkeit zu ihrer Wirksamkeit. Das im Winter eingedrungene Wasser dehnt sich beim Fröhen mächtig aus, presst die mineralischen Erdteile, macht sie zum Teil zu leicht löslichem Pulver und bietet so im Frühjahr den kommenden Pflanzen die beste Nahrung.

Im Laufe des Winters verschlämmt nun der Boden häufig und bildet mit der Zeit eine feste undurchdringliche Kruste, die zwar beim leichten Sandboden nichts weiter auf sich hat, jedoch beim guten schwarzen Humus- und andern schweren Böden das weitere Fortwerden verhindert. Der Landmann spricht in der Tat von der „Gare“ des Bodens. Durch die hart gewordene Kruste (Verschlämmtung) wird das Verdunsten des überschüssigen Wassers verhindert und somit der Luft der Eintritt in den Boden verweigert. Wo aber keine Luft in den Erdboden eindringen kann, da kann auch kein Wachstum erfolgen, denn nur durch den Zutritt der Luft wird die durch den Frost zu Pulver zerprengte Erde in Wasser löslich und zur Aufnahme durch die Wurzeln geeignet gemacht. Luft und Wasser sind die beiden Hauptbedingungen zur Ernährung der Pflanze, aber wo Wasser im Boden steht, kann keine Luft sein, da verfault mit der Zeit die Pflanze, und wo nur Luft im Boden steht und keine Feuchtigkeit, wo also das Wasser fehlt, was bei leichtem Sandboden leider nur zu oft vorkommt, da verkümmert alles. Das werden ja viele Kleinrentner bei der diesjährigen Dürre nur zu sehr zu ihrem Schaden empfinden haben. Wasser zu feiner Zeit und Luft zu ihrer Zeit — so verlangt es die Pflanze. Die Verschlämmtung kann nun im Winter mehrfach eintreten, es genügt aber, wenn dann die Oberfläche leicht, am besten durch ein flaches Eggen oder Aufstreuen wieder gelockert, offen gemacht wird. Ja, bei schwerem Boden (Behm) ist es sogar geboten, wenn er nach der Verschlämmtung noch einmal, nicht so tief wie im Herbst, umgegraben wird. Sandboden darf nicht mehr umgegraben werden, er wird nur ein oberflächliches zweimal leicht oberflächlich gelockert, denn jedes tiefe Umwühlen stört die sich bildende Gärung, und die Gase werden an die Luft befördert, statt daß sie ihre Wirksamkeit ungehindert im Boden ausüben können.

bleibt der Acker nun ungestört liegen, so steigt bald ein angenehmer Erdderuch aus ihm hervor, ein Beweis, daß die „Gare“ in der Entwicklung begriffen ist; das Erdreich wird locker. Wenn man es betritt, so ist es wie ein weicher Teppich. Dies ist der Zustand, in dem man den Boden verlassen soll, um die Natur bei ihrer spätern Einwirkung auf ein günstiges Wachstum der Pflanzen zu unterstützen. Es ist nur geringe Arbeit, und doch wird sie durch freudiges Ausgehen der Saat und größere Ertragssteigerung der Ernte reichlich belohnt. Weicht der Boden aber unbeeidelt und roh über Winter liegen, so wird er sauer und hart und hat nach seiner spätern Bearbeitung im Frühjahr nicht mehr Zeit, sich mit Hilfe des Frostes und der Luft zu einem guten Nährboden umzuwandeln. Wachstum und Ernte werden daher in der Regel bedeutend geringer ausfallen.

## Oktoberarbeit in Garten und Stall.

Der Oktober ist der Erntemonat für Winterkohl und Wintergemüse. Die Ernte hat sorgfältig zu erfolgen, und die Aufbewahrung ist sachgemäß vorzunehmen. Im Obstgarten kann mit Neuanpflanzungen begonnen werden, sobald die Bäume entlaubt sind; je früher man es tut, desto besser. Somit sind noch alle im September unerledigten Arbeiten zu beenden, wie das Reinigen der Obstbäume von dürren Ästen, von Moos, Flechten, das Käffen oder Karbolinieren Ästern, mit Vorke befestigter Bäume, das Aufladern der Baumstämme usw. Mit dem eigentlichen Baumchnitt kann auch begonnen werden. Reinesfalls vergriffe man dort, wo Frostspanner auftreten, die Leimringe oder Klebmittel anzulegen und die jungen Obstbäume außerhalb umzäunter Gärten gegen Gassen- und Karndienstraßen zu schützen. Das abgefallene Laub ist, weil Schädlingsüberflut, zusammenzuheften und zu verbrennen. Beerenobst wird ebenfalls im Herbst umgepflanzt, da es im Frühjahr zeitig treibt; unter den Sträuchern wird gegraben und gedüngt. Bei den Erdbeeren werden die Ranken nochmals entfernt, die Beete bedeckt und mit einer neuen Düngerbede versehen. Im Gemüsegarten richtet sich die Ernte ganz nach dem Wetter. Kommt kein ernstlicher Frost, so kann vieles bis in den November hinein im Freien bleiben, selbst bei den Kartoffeln beile man sich nicht zu sehr, auch bei ihnen wandert noch viel Stärke aus den Stauden in die Knollen, diese gehaltreicher und wertvoller machen. Die Septembersaaten von Spinat und Kopfsalat müssen jetzt bedeckt und vergossen werden. Von den Kohlrabi-, Kopfsalat- und Winterfrüchtlern verpflanzt man die stärksten Pflanzen auf abgeräumte kalte Mistbeete oder Gartenbeete, die man später zudeckt, in 8 bis 10 Zentimeter Abstand; Steckzwiebeln, Schalotten, Knoblauch werden ebenfalls gepflanzt. Von Zichorien, Meerrettich, Schwarzwurzeln, Rosenkohl, Grünkohl usw. erntet man nur so viel, wie man auf wenige Zeit zu gebrauchen denkt, alles andere kann im Freien bleiben und teilweise nach Bedarf geerntet werden. Rüben- und Arzneikräuter sind bis Mitte des Monats zu pflanzen; Abgeräumte Beete sind tief zu graben und dabei zu düngen; sie bleiben den Winter über in runden Schollen liegen. Kohlrüben, Blattreife und sonstige Rückstände sind, weil sie oft große Mengen von Schädlingen heberbergen, tief umzugraben, zu verrotten, zu verbrennen oder sonstwie zu vernichten. Im Geflügelhof sind die Stallungen auf Güte und Widerstandsfähigkeit zu untersuchen, die Einstreu ist stets sauber und trocken zu halten und häufig zu erneuern, und auch für Laufgänge zu sorgen. Die Mauer wird größtenteils beendigt sein, Nachzügler müssen gut gepflegt werden. Unter dem Junggeflügel wird nochmals Nahrung gehalten, was nicht erkrankt ist, kann unbedingt weg. Die Jungenten der Frühbruten können bald mit dem Legen, man merke sich die, die zuerst anfangen und später am meisten legen, und nehme nur Bruterei von diesen. Das von den Hühnern Gelegte gilt in gemäßigter Gegend auch für die Gänse und Enten. Sobald bei den Tauben die Mauer beendet ist, trenne man bei den Paaren die Geschlechter, damit sie sich nicht paaren können. Der Kanarienvogel ab und entferne die überflüssigen Tiere. Wichtig ist auch die Sorge um das Winterfutter. Knollen und Rüben sind einzuhacken, Kohlrüben zu sammeln, Kohlabfälle einzuhacken, Heu und Stroh zu fassen usw., denn gute Fütterung heißt reichlicher Gewinn. Füttere man viel Grünfutter und verarbeitete, ist genügend Heu dazu; nasses, bereiftes oder gefrorenes Futter ist ungesund.







